B67-4046

Der Freiherr vom Stein

und

die deutsche Frage

auf dem Wiener Congresse.

Von

Dr. Albert Duncker.

Hanau.
Verlag von Friedr. König's Sortimentsbuchhandlung.
Joh. Ph. Klein.
1873.

Der Freiherr vom Stein

und

die deutsche Frage

auf dem Wiener Congresse.

Von

Dr. Albert Duncker.

Hanau.
Verlag von Friedr. König's Sortimentsbuchhandlung.
Joh. Ph. Klein.
1873.

Aus naheliegenden Motiven hat man gerade in jüngster Zeit der Behandlung der deutschen Frage auf dem Wiener Congresse wieder größere Aufmerksamkeit zugewendet. Von Neuem hat man wiederholt darauf hingewiesen, wie jede der verbündeten Großmächte damals mehr Ersatz für ihre Opfer erhielt, als Preußen. Die Gründe für diese Zurücksetzung werden in den verschiedensten Ursachen gesucht: im allzuraschen Abschluße des Vertrags von Kalisch, ohne daß man gute Garantien für Preußens künftige Gestaltung erlangt hatte, in der Schaukelpolitik Hardenbergs, dem Neide Oesterreichs, dem Haße der Rheinbundskönige, dem englisch-hannöverischen Einfluße, der Furcht Rußlands vor einem starken Deutschland unter Preußens Führung. Wer möchte leugnen, daß jeder dieser Gründe die Berechtigung habe geltend gemacht zu werden? Gibt uns doch die Geschichte der eben verfloßenen Tage wieder hinreichende Belehrung darüber, daß das siegreiche Preußen keinen Freund unter den Nachbarn zählt. Lediglich die freundschaftlichen Beziehungen des russischen Selbstherrschers zu unserem Regentenhause verhinderten, daß während des letzten großen Kampfes mit Frankreich die übrigen Großmächte ihrer Interventionslust die Zügel schießen ließen und den Erfolg der gewaltigen Anstrengungen und Opfer Preußens und seiner deutschen Bundesgenoßen auf das möglichst geringe Maß zu reduciren suchten. Die Politik jener Mächte ist jeder Vergrößerung Preußens gegenüber noch heute so ziemlich dieselbe, wie im Jahre 1815, und unser Sieg über Frankreich wesentlich darum ein so vollkommener, weil wir ihn ohne ausländische Verbündete errangen, mit denen wir um den Siegespreis hätten markten müßen. An den politischen Rücksichten unserer Alliirten scheiterten nach den Freiheitskriegen die

Bestrebungen der edelsten Männer unseres Volkes, eines Wilhelm von Humboldt und Stein. Auf verschiedenen Wegen, aber von gleicher patriotischer Gesinnung erfüllt, suchten beide damals dasselbe hohe Ziel zu erreichen: ein starkes Deutschland mit verfaßungsmäßig gewährleisteten Volksrechten. Steins Stellung in jener Zeit war jedenfalls die eigenthümlichere. Während Humboldt als zweiter Vertreter Preußens auf dem Wiener Congreß erschien, trat Stein dort vollkommen selbstständig auf. Sein Charakter, seine Vergangenheit, der Einfluß, den er noch immer bei Alexander von Rußland genoß, verliehen ihm eine solche Bedeutung, daß er eine der hervorragendsten Persönlichkeiten jener großen Versammlung war, ohne als Minister irgend eines Staates bevollmächtigt zu sein. Dennoch hatte er eine Vollmacht und sie war beßer als die aller Andern: den Glauben des deutschen Volkes an seine Redlichkeit und Vaterlandsliebe. Er erscheint uns in jenen trüben Tagen so recht als der Repräsentant unserer Nation, die nach jahrhundertjährigem Schlafe endlich zu erwachen und wieder politisch zu denken beginnt. Seine Schritte zur Herstellung eines mächtigen und freien Vaterlandes sind daher unsicher, zum Theil auch inconsequent, die Politiker von heute belächeln sie, weil sie nie die Möglichkeit zeigen, das gesteckte Ziel zu erreichen. Dank hat ihm sein Streben schon bei der Mitwelt nicht gebracht, geschweige denn bei der Nachwelt, die jetzt sogar hin und wieder geneigt ist, ihm mit die Schuld zuzuschieben, daß wir nicht schon 1815 erreichten, was 1871 erreicht ward. Man geht so weit, ihm Unterschätzung der Bedeutung Preußens und der Kraft des deutschen Volkes vorzuwerfen, als er in der Kaiserfrage als Führer der Kleinstaaten für Oesterreich auftrat.[1]) Mag man nun auch mit Recht gerade diesen Schritt als einen der schwächsten in seiner staatsmännischen Laufbahn ansehen, so hüte man sich doch davor, die Größe der Motive, aus denen er hervor-

[1]) Const. Rößler in der „Zeitschrift für preußische Geschichte und Landeskunde." IX, 79.

gieng, anzuzweifeln. Schon er selbst hat durch seine späteren Anschauungen diesen Versuch der Neubegründung des habsburgischen Kaiserthums verurtheilt.[1]) Aber die Vorwürfe gegen sein Verhalten in dieser Frage dauern fort, weil man, durch seine großartige Persönlichkeit geblendet, von jeher an alle seine Leistungen den höchsten Maßstab anzulegen gewohnt ist. Man vergißt, daß Stein der Reformer und Agitator weit höher steht als Stein der schöpferische Politiker. Ein Ueberblick über seine Ansichten von der deutschen Frage vor dem Wiener Congresse und eine Schilderung der Verhältnisse, unter denen er der Förderer der Kaiseridee wurde, werden am besten dazu dienen, sein Auftreten in dieser Angelegenheit im richtigen Lichte erscheinen zu laßen.

Steins erstes ausführlicheres Projekt zur Neugestaltung der deutschen Verfaßung datirt aus dem Jahre 1811, wo er, von Napoleon geächtet und seiner Güter beraubt, zu Prag verweilte. Im Angesichte der Gefahr, durch das Machtgebot des Tyrannen auch aus seinem letzten Zufluchtsorte auf dem Continent verjagt zu werden und mit dem Plane einer Uebersiedelung nach England, dem damals einzigen Sitze der Freiheit, beschäftigt, trug er sich nichtsdestoweniger ununterbrochen mit Gedanken über die Gestaltung der Zukunft Deutschlands. Inmitten der allgemeinen

---

[1]) Leider hat Stein in seiner Selbstbiographie die Darstellung seiner Thätigkeit auf dem Wiener Congresse, offenbar absichtlich, übergangen. S. Pertz, Leben des Ministers Freiherrn vom Stein V, Beilage 28. Warum er schwieg, möchte sich aus einer Aeußerung gegen Hans v. Gagern ergeben, die er in einem Briefe vom 15. März 1825 thut. Dort sagt er dem Freunde: Sie wollen also das politische Treiben und Zerren der Jahre 13, 14 und 15 darstellen — und Sie wollen wahrscheinlich die Wahrheit aussprechen? Aber dürfen Sie es?? In den Briefen an Gagern (abgedruckt in dessen „Antheil an der Politik" IV.) fehlen die Jahre 1814—16, weil in dieser Zeit beide Staatsmänner in Wien, Paris und Frankfurt zusammen waren und ihre Ideen mündlich austauschen konnten. Gagern, Antheil IV, 47.

Muthlosigkeit der Patrioten fand in seiner Seele kein Gefühl der Verzagtheit Raum. Sein Vertrauen, daß der Sturz des Gewaltigen kommen werde, und zwar bald, stand felsenfest. Daher behandelt er in einem Briefe[1]) an den hannöverischen Staatsminister Grafen Münster zu London, datirt vom 6. October 1811, die deutsche Frage wie Etwas, dessen Inangriffnahme für die nächste Zeit sich von selbst verstehe. Er geißelt in diesem Schreiben aufs Schärfste die Erbärmlichkeit der deutschen Fürsten, der Schildknappen Napoleons, und hebt die in den Herzen der Vaterlandsfreunde wohnende Sehnsucht „nach einer Verfassung auf Einheit, Kraft, Nationalität gegründet" hervor. „Jeder große Mann, der sie herzustellen fähig wäre, würde der Nation, die sich von den Mittelmächten abgewendet hat, willkommen sein." Von der Wiederherstellung der alten Verfaßung auf den Grundlagen des westphälischen Friedens kann er natürlich kein Heil erwarten. Die ungeheure Schwierigkeit der Lösung der Frage ist ihm vollständig klar. „Das Bundesverhältniß muß fester geschlossen werden, das kindische Puissanziren der einzelnen Mächte aufhören." Was jedoch an die Stelle des früheren Zustandes treten soll, weiß er nicht anzugeben. Er steht indessen hier noch vollständig auf dem Boden der Reichsidee. Am bezeichnendsten für seine Wünsche sind die Worte: „Könnte ich einen Zustand wieder herzaubern, unter dem Deutschland in großer Kraft blühte, so wäre es der unter unseren großen Kaisern des 10. bis 13. Jahrhunderts, welche die deutsche Verfassung durch ihren Wink zusammenhielten und fremden Völkern Schutz und Gesetze gaben." Hier sehen wir zum ersten Male Stein den Idealisten, der für die Herrlichkeit des römisch-deutschen Kaiserthums schwärmt, als ob ihm dessen selbst in seinen besten Tagen hervortretende Schwächen unbekannt wären. Daß dies keineswegs der Fall war, er vielmehr

[1]) Mitgetheilt bei Pertz III, 45 ff.

sonst mit ungetrübtem Blicke seines Volkes Vergangenheit zu betrachten wußte, bezeugt eine Stelle in einem Actenstücke, das von ihm unter sehr veränderten Verhältnissen fast ein Jahr später als jener Brief an Münster abgefaßt wurde. Man beabsichtigte damals russischerseits durch eine Landung in Deutschland dieses zu insurgiren und dadurch im Rücken des in Rußland eingedrungenen französischen Heeres eine wirksame Diversion zu machen. Eine Erörterung der Frage über Deutschlands Zukunft erschien in diesem Augenblicke dem russischen Cabinet von Interesse. So entstand Steins „Denkschrift über Deutschlands zukünftige Verfassung."[1]) Dieses Memoire läßt uns schon deutlicher seines Autors Ansichten über die demnächstige Gestaltung unseres Vaterlandes erkennen. Der Geschichte seiner Entstehung eingedenk, betrachtet es natürlich vielfach die Einigung Deutschlands aus dem russischen Gesichtspunkte. So z. B. wenn es darin heißt: „Die Ruhe Europas erheischt, daß Deutschland so eingerichtet sei, daß es Frankreich widerstehen, seine Unabhängigkeit erhalten, England in seine Häfen zulassen und der Möglichkeit Französischer Einfälle in Rußland zuvorkommen könne. Diesen Zweck kann man erreichen:

1) entweder durch die Vereinigung Deutschlands zu einer Monarchie
2) oder wenn man es nach dem Laufe des Mayn zwischen Preußen und Oesterreich theilt,
3) oder indem man in diesen beiden großen Theilen einige Länder, wie z. B. Hannover u. a. unter einem Bündniß mit Oesterreich und Preußen bestehen läßt.

Jede dieser Einrichtungen würde Deutschland mehr Kraft geben; die Herstellung der alten Deutschen Verfassung hingegen halte ich für unmöglich und wenig wünschenswerth." Und nun folgt die Stelle, aus der klar hervorgeht, daß Stein für die Uebel, an denen das deutsche Reich

[1]) Bei Pertz III, 140 ff.

schon seit Jahrhunderten krankte, nichts weniger als blind war. Denn er sagt dann weiter: „Diese Verfassung war nicht das Ergebniß des Willens der Nation; sie verdankt ihren Ursprung den verderblichen Ränken der ehrgeizigen Päpste, der Treulosigkeit und dem aufrührerischen Geiste der Deutschen Fürsten, dem Einfluß fremder Mächte.“ Nach einem historischen Ueberblicke über die Gründe der Zerrißenheit Deutschlands fährt er fort: „Wenn wir ernstlich diesen Plan (d. h. der Wiederherstellung der alten Verfaßung) haben, so müßte man Oesterreich seinen Einfluß, seine Obergewalt wiedergeben, Preußen, Bayern verkleinern, die geistlichen Fürsten, die Reichsritterschaft, die Reichsstädte, die Reichsgerichte wiederherstellen; denn nur mittelst dieser Federn war es dem Kaiser möglich, eine so unvollkommen eingerichtete Regierung, wie das Deutsche Reich war, in Bewegung zu setzen.“ Nachdem er darauf nochmals die Unmöglichkeit der Wiederherstellung dieser alten Verfaßung betont und noch entschiedener sich gegen diejenige ausgesprochen hat, welche 1802 unter dem Einfluße Frankreichs zu Stande gekommen war, kehrt er wieder zu dem Ideal zurück, das ihm schon in dem Briefe an Münster vorgeschwebt hatte. Denn er sagt: „Statt die Deutsche Verfassung des Westphälischen Friedens herzustellen, würde es dem allgemeinen Besten Europas und dem besonderen Deutschlands unendlich angemessener sein, die alte Monarchie wieder aufzurichten, ein Reich zu bilden, welches alle sittlichen und physischen Bestandtheile der Kraft, Freiheit und Aufklärung enthielte und dem unruhigen Ehrgeize Frankreichs widerstehen könnte.“ Unter der „alten Monarchie“ versteht er hier offenbar eine Wiederherstellung der Kaisergewalt, wie sie von den Ottonen, den Saliern und den ersten Hohenstaufen ausgeübt wurde. Es leuchtet ihm jedoch sofort wieder ein, daß bei der Existenz zweier Großmächte in Deutschland die „Herzauberung“ eines solchen Zustandes ein Ding der Unmöglichkeit sei. So kommt er am Schluße seiner Denkschrift zu diesem Resultat: „Die Wiederherstellung der alten Monarchie ist unmöglich; aber selbst dann

würde die Theilung Deutschlands zwischen Oesterreich und Preußen der Herstellung der alten Verfassung vorzuziehen sein, selbst wenn man um die Eigenliebe zu schonen, die Länder der vertriebenen Fürsten bestehen lassen müßte, indem man sie mit dem Theile Deutschlands, worin sie eingeschlossen sind, in ein Bundesverhältniß brächte." Eine weitere Ausführung dieses letzten Vorschlags gab er den 1. November 1812 dem von St. Petersburg nach London zurückkehrenden englischen Gesandten Lord Walpole mit.[1]) Darin will er Baiern, Württemberg und Baden auf die Gebiete und Würden, welche sie vor 1802 besaßen, beschränkt und zu Oesterreich in das Verhältnis großer Vasallen gebracht haben. Aus dem Uebrigen solle man ein Königreich Süddeutschland unter österreichischer Herrschaft bilden, das eine Verfaßung erhielte „da die wesentlichen Bestandtheile dieses Landes seit unvordenklichen Zeiten einen Grad von Freiheit genossen haben, deren völliger Verlust ihnen eine autokratische Regierung, selbst eine methodisch eingerichtete, äußerst unangenehm machen würde. Auf gleiche Weise würde Norddeutschland eingerichtet, verfassungsmäßiges Königreich, große Vasallen Hannover, Hessen, Braunschweig, Oldenburg, abhängig vom Königreich, aber nicht dessen Bestandtheile."

Diese Vorschläge für die künftige Gestaltung Deutschlands sind ohne Zweifel die schwächsten, welche Steins Kopfe je entsprungen sind. Sie scheinen von der Noth des Augenblicks eingegeben, wo die Vernichtung des französischen Heeres in Rußland noch sehr zweifelhaft, an der thatkräftigeren Bundesgenoßenschaft Englands aber Alles gelegen war. Aber selbst dort fand der Entwurf weder bei dem Regenten noch bei seinem hannöverischen Minister Billigung, da die welfische Dynastie dabei zu kurz wegkam, der Münster als Entschädigung für ihre Verluste unter Heinrich dem Löwen den Besitz der Länder zwischen Schelde und Elbe zugedacht hatte. Dem verhaßten Preußen auf diese Weise im Norden Deutschlands die Spitze zu bieten war der höchste Wunsch dieses Staatsmannes.

---

[1]) Bei Pertz III, 202 ff.

Für den Augenblick aber erhielt sein hannöverischer Partikularismus eine Lektion, wie sie nicht derber sein konnte. Denn Stein schrieb ihm den 1. December:[1]) „Es ist mir leid, daß Euer Excellenz in mir den Preußen vermuthen, und in sich den Hannoveraner entdecken — ich habe nur ein Vaterland, das heißt Deutschland, und da ich nach alter Verfassung nur ihm und keinem besonderen Theil desselben angehörte, so bin ich auch nur ihm und nicht einem Theil desselben von ganzem Herzen ergeben. Mir sind die Dynastien in diesem Augenblick großer Entwicklung vollkommen gleichgültig, es sind blos Werkzeuge; mein Wunsch ist, daß Deutschland groß und stark werde, um seine Selbstständigkeit, Unabhängigkeit und Nationalität wieder zu erlangen und beides in seiner Lage zwischen Frankreich und Rußland zu behaupten; das ist das Interesse der Nation und ganz Europas; es kann auf dem Wege alter zerfallener und verfaulter Formen nicht erhalten werden." Und weiter schreibt er: „Mein Glaubensbekenntniß finden Euer Excellenz in der Anlage (der Denkschrift an Kaiser Alexander), es ist Einheit; ist sie nicht möglich, ein Auskunftsmittel, ein Uebergang. Setzen Sie an die Stelle Preußens, was Sie wollen, lösen Sie es auf, verstärken Sie Oesterreich mit Schlesien und der Churmark und dem Nördlichen Deutschland mit Ausschluß der Vertriebenen, reduziren Sie Bayern, Württemberg und Baden, als die von Rußland begünstigten, auf das Verhältniß vor 1802, und machen Oesterreich zum Herrn von Deutschland, ich wünsche es, es ist gut, wenn es ausführbar ist; nur denken Sie nicht an die alten Montaigues und Capulets und an diese Zierden alter Rittersäle; soll sich der blutige Kampf, den Deutschland 20 Jahre unglücklich bestanden, und zu dem es

[1]) Bei Pertz III, 224 ff.

jetzt wieder aufgefordert wird, mit einem Possenspiel endigen, so mag ich wenigstens nicht Theil daran nehmen, sondern kehre in das Privatleben freudig und eilig zurück." Wie wenig jedoch dieser für Steins damalige Anschauungen charakteristische Brief bei Münster fruchtete, ergibt sich aus dessen Antwort vom 4. Januar 1813, aus der wir nur einige heute besonders interessante Stellen hervorheben. Der hannöversche Minister schreibt:[1]) „Sie sagen, daß Ihnen die Dynastien gleich sind! Mir sind sie es nicht. Es herrscht in ihnen ein Geist, den man durch Jahrhunderte verfolgen kann. Lesen Sie, was J. Müller in seinem „Fürstenbund" über das Guelphische Haus sagt: „Soll ich des Ruhmes der Guelphen gedenken, deren ungebeugter Heldensinn ihren Namen zum Signal der Freiheit gemacht hat u. s. w. Selbst England ist nie so frei als unter den drei Georgen gewesen, und der vierte bringt denselben Sinn auf den Thron. Vergleichen Sie damit den Preußischen Prügel und Ladestock! Ich verehre Friedrich den Großen, aber er hat den Ruin Deutschlands durch seine Vergrößerung herbeigeführt und den seines Staats dadurch, daß er einen Körper gezeugt hatte, den nur ein großer Geist beleben konnte, der mit ihm schied. Als ich dem Regenten die erwähnte Stelle Ihres Briefes zeigte, sagte er: „Wenn Stein die Dynastien gleichgültig sind, warum nennt er nicht uns statt Preußen?" Die Frage möchte auch ich thun." Dann folgen einige Ausfälle auf Friedrich Wilhelm III. und seine Umgebung, die Verwerfung der verschiedenen Vorschläge Steins für Deutschlands Neugestaltung und darauf der für Münsters Preußenhaß bezeichnende Passus: „Preußens Macht lebt nur noch in der Erinnerung. Sie mag zwischen der Weichsel und Elbe als Macht der zweiten oder dritten Größe aufstehen. Warum sollte Rußland nicht die Weichsel als Lohn seiner

[1]) Bei Pertz III, 240 ff.

Thaten erhalten?" Nachdem dann Stein nochmals auf die früheren Vorschläge des Schreibenden über die Bildung eines großen, natürlich für das Welfenhaus bestimmten, Staates in Nordwestdeutschland aufmerksam gemacht ist, schließt der Brief mit einer Lobpreisung der kleinen Höfe wegen der Segnungen, die Deutschland durch ihre Existenz in Hinsicht auf „Wissenschaft, Cultur und Wohlstand" erfahren habe.

Diese Correspondenz ist bezeichnend für den Gegensatz der beiden bedeutenden Männer in der Behandlung der deutschen Frage. Die darin ausgesprochenen Ansichten dienten ihnen in der nächstliegenden Zeit ihres staatsmännischen Wirkens, namentlich auf dem Wiener Congreß, großentheils als Richtschnur. Beiden blieben die schmerzlichsten Enttäuschungen nicht erspart. Doch gebührt Stein der Ruhm, auch im späteren Leben nichts von seinen Principien aufgegeben zu haben, während Münster aus einem eifrigen Vertheidiger der kleinen Souveränetäten ihr ebenso entschiedener Gegner ward.[1])

Im Januar 1813 aber erschienen Steins trübe Ahnungen von dem „Possenspiel, mit dem sich der blutige Kampf Deutschlands endigen solle," der Verwirklichung ferner als jemals. Seit jenem Briefe an Münster vom 1. December hatte sich die Lage der Dinge gänzlich verändert. Der Rückzug der Franzosen war in vollständige Flucht ausgeartet, nur elende Trümmer der großen Armee auf befreundetes Gebiet entkommen. Abtheilungen des russischen Heeres hatten bereits die preußische Grenze überschritten, York durch die Convention von Tauroggen den ersten Anstoß zu Deutschlands Befreiung gegeben. Münsters Brief traf den Freund

---

[1]) Pertz IV, 240 und 585, Anm. 3. Das harte Urtheil Schlossers über Münster (Geschichte des 18. Jhdts. u. s. w. VII, 924) wird heute noch ebenso wenig Anhänger finden, als die enthusiastischen Lobeserhebungen seines Biographen in den „Lebensbildern aus dem Befreiungskriege I." Am richtigsten, weil am gemäßigtsten, hat Pertz über seine Plane geurtheilt III, 239.

nicht mehr in St. Petersburg. Bereits am Abend des 5. Januar hatte Stein diese Stadt verlaßen und war mit Alexanders ausgedehnten Vollmachten nach Königsberg geeilt. Die glänzende, früher mehrfach angefochtene, neuerdings aber richtiger gewürdigte Thätigkeit, die er dort entwickelte, haben wir nicht in den Kreis unserer Erörterung zu ziehen, ebensowenig sein Mitwirken beim Abschluße des Vertrags von Kalisch, worüber sehr verschieden, in jüngster Zeit wohl allzuhart geurtheilt worden ist.[1]) Mag sein, daß Stein bei jenen Verhandlungen weniger Preußens Größe als Deutschlands Befreiung im Auge gehabt hat, wie er dies auch selbst später zugab,[2]) wer wollte heute noch darob mit ihm rechten? „Wie ist es möglich, ruft schon sein Zeitgenoße Hans von Gagern aus, in so erschütterter verhängnißvoller Zeit alles nach gemeinem Maßstabe zu messen? Die Zukunft wird all denen Gerechtigkeit wiederfahren lassen, die an ihrem Vaterland nicht verzweifelten, und von Groll, Unmuth, Kühnheit, Hoffnung, stolzem Sinn dahin gerissen, hülfreiche Hand leisten wollten. Stein, Albini, Braunschweig, Schill und York und Dörnberg, und der Erzherzog Johann und Hofer und Schneider, Hormayr und Speckbacher, ohne Unterschied der Geburt und des Standes, und der Breite der Wirksamkeit! Es waren lediglich die nothwendigen Symptome der geänderten Sinnesart: Wir wollen sämmtlich durchaus! Wehe dem, der zurückbleibt, oder es falsch meint!“[3]) Doch wenn wir auch jenes Vorwurfs und seiner Widerlegung mit wenigen Worten gedenken zu müßen glaubten, so kann es doch hier nicht in unserer Absicht liegen, näher auf diese Frage einzugehen. Für unsere Betrachtung handelt es

---

[1]) In einem Aufsatze von W. Maurenbrecher: „Die deutsche Frage 1813—1815“ (Preuß. Jahrbücher XXVII, 39 ff.) Dort heißt es S. 45 sogar: „Wir dürfen es nicht verhehlen, dieser Abschluß war eine Uebereilung und gerade Stein hat Preußen damit schwer geschädigt.“

[2]) In s. Selbstbiographie. Pertz V, Beil. 28, 183 und in einem Briefe an Gagern vom 1. Mai 1826. Gagern, Antheil IV, 167.

[3]) Gagern, Antheil I, 209.

sich jetzt darum, welche Ansichten über Deutschlands Neugestaltung unser Staatsmann nach Abschluß des Kalischer Bündnisses in Berücksichtigung des Fortgangs der Ereignisse vertrat. Hier fällt uns zunächst seine Stellung zu dem Teplitzer Vertrage ins Auge, den am 9. September 1813 die Verbündeten von Kalisch mit Oesterreich schloßen. Er war eine bittere Nothwendigkeit dieser Vertrag, denn die Schlachten von Großgörschen und Bautzen hatten bewiesen, daß trotz aller Begeisterung Preußen und das durch den Feldzug von 1812 sehr geschwächte Rußland mit dem gewaltigen Gegner allein nicht fertig werden würden. So trat denn Oesterreich und mit ihm Metternichs Politik in die Action ein. Sein Eingreifen war auf diplomatischem Gebiete nicht weniger entscheidend als auf militärischem. Während man in dem Breslauer Vertrage vom 19. März, den Stein und Nesselrode als russische, Hardenberg und Scharnhorst als preußische Bevollmächtigte abgeschloßen hatten, sich hinsichtlich der Zukunft der noch auf Napoleons Seite kämpfenden deutschen Staaten freie Hand behalten hatte, mußte man jetzt auf Oesterreichs Verlangen den Fürsten des aufzulösenden Rheinbundes völlige Unabhängigkeit zugestehen.[1]) Der Idee einer einheitlicheren Organisation des Gesammtvaterlandes, mit der sich Stein nebst so vielen Patrioten seither getragen hatte, war damit ein gewaltiger Stoß versetzt, seine Thätigkeit als Präsident des Centralverwaltungsraths der zu befreienden deutschen Länder von vorneherein gelähmt. Wie berechtigt sein grimmiger Haß gegen die Rheinbundskönige war und wie richtig er gerade in ihnen die Hemmschuhe der vaterlän-

[1]) Es ist höchst wahrscheinlich, daß in den „geheimen und besonderen" Artikeln des Teplitzer Vertrags, die den 12 veröffentlichten beigefügt waren und nicht bekannt geworden sind, eine Vereinbarung zwischen Preußen und Oesterreich über Nichtwiederherstellung der deutschen Kaiserwürde getroffen worden ist. S. „Diplomatische Geschichte der Jahre 1813—1815" I, 294 und 301 ff., wo auch die über diesen Punkt zwischen Hardenberg und Münster geführte Correspondenz der Hauptsache nach aus Lord Castlereaghs Denkschriften IV, 33—38 mitgetheilt ist.

dischen Entwicklung erkannte, lehrte die Zukunft. Auch sein weiterer damaliger Wunsch, daß man jetzt wenigstens vorläufige Verabredung treffe über die deutsche Verfaßung, ward nicht erfüllt. Seinen früheren Gedanken einer Mainlinie hatte er aufgegeben und bereits im August gleichzeitig mit Wilhelm von Humboldt einen Entwurf zu dem von Preußen vorgeschlagenen deutschen Bunde ausgearbeitet, der dieses mit den Kleinstaaten und Oesterreich umschließen sollte,[1]) aber unter diesen Umständen gar nicht zur Berathung kam. Schon in dieser Zeit macht sich ein starkes Schwanken in seinen Ansichten bemerklich.[2]) Denn bereits im September neigte er sich wieder der Wiederherstellung der Kaiserwürde, einer Verbeßerung des Reichstags und der Reichsgerichte zu. Die Fürsten sollten zur Ertheilung ständischer Verfaßungen in den Einzelstaaten gehalten sein. Während die preußischen Staatsmänner, Hardenberg und W. v. Humboldt, sich der letztgenannten Idee nicht abgeneigt zeigten, wollten sie dagegen von Wiederaufleben von Kaiser und Reich nichts wißen. Doch schien Stein das Haupthindernis eines gedeihlichen Fortganges der deutschen Angelegenheiten damals noch mehr Metternich zu sein, über den er von Prag aus an Münster schrieb:[3]) „Erwarten Sie von ihm keine großen Ansichten, er steckt sich das Ziel nahe, um auf die bequemste und kürzeste Art die Sache einstweilen auszuflicken." Mit jenem Freunde führte er außerdem zu jener Zeit eine sehr interessante Correspondenz über die Art, wie der Kaiserwürde Gewicht beizulegen sei: „Kraft zum Widerstand nach außen, sagt er in demselben Briefe, im Innern Sicherheit des Eigenthums und des Lebens für den Einzelnen müssen die Hauptpunkte, Verstärkung der Macht des Kaisers, von Preußen, Verminderung der Macht der Stände (d. h. der Fürsten im Verhältnis zur Reichsverfaßung), Zerstörung

---

[1]) Pertz III, 415 f. Vgl. auch R. Haym: „Wilhelm von Humboldt." 310 ff.

[2]) S. seine Selbstbiographie bei Pertz V, Beilage 28. S. 187.

[3]) Den 16. Sept. 1813. Pertz III, 417 ff.

des Rheinbundes und aller französischen Einrichtungen müssen die Mittel (der Erhaltung und Gründung einer festen Ordnung der Dinge in Deutschland) sein" Münster billigte zum Theil diese Ideen, über manche sprach er sich nicht aus, wie namentlich über den ihm widerwärtigen Gedanken einer Verstärkung der preußischen Macht. Seinerseits betonte er namentlich die Stellung, die man dem Kaiser als Reichsoberfeldherrn zu geben habe und plaidirte für eine im Vergleich zu den früheren Zuständen strenge Unterordnung der gesammten Militärmacht des Reichs unter das Reichsoberhaupt.

Die vorher geschilderten politischen Verhältnisse, noch mehr aber der Drang der Kriegsereignisse verwiesen jedoch diese Gedanken ebenso wie den preußischen Vorschlag eines Bundes einstweilen in das Gebiet der frommen Wünsche. Steins Bemühungen durch eine persönliche Unterredung mit Alexander von Rußland zu Frankfurt am Main feste Versprechungen über Deutschlands künftige Gestaltung zu erlangen, waren ebenfalls vergeblich. Sie führten wohl zu seiner berühmten Antwort[1]) auf des Czaren Bemerkung von der Heirathsversorgung russischer Großfürsten und Großfürstinnen durch das Fortbestehen der kleineren deutschen Höfe, aber auch zu weiter keinem Resultat.

Noch abkühlender mußte die Kunde von der Aeußerung auf ihn wirken, die Metternich den 8. November 1813 ebenfalls zu Frankfurt gegen den französischen Gesandten St. Aignan über die Werthlosigkeit der deutschen Kaiserkrone für Oesterreich gethan hatte.[2]) Dazu kam, trotz aller seiner Sympathien für das historische Recht, entschiedene Abneigung gegen das damalige Haupt des Hauses Habsburg-Lothringen und seinen Premierminister. Und wie sehr mußte sich gerade in Frankfurt diese Abneigung vermehren, wo es schließlich Steins hauptsächlichste Aufgabe wurde, den von Oesterreich projektirten faulen Frieden mit Napoleon zu verhindern und

[1]) Wolzogen, Memoiren 239.

[2]) Pertz III, 463.

den Kaiser Alexander zur Ueberschreitung des Rheins zu bestimmen, wie er ihn früher zum Uebergang über Niemen und Weichsel bestimmt hatte.[1]) So finden wir es erklärlich, daß er, als auf französischem Boden die deutschen Angelegenheiten wieder ernsthaft zur Sprache kommen, sich mit dem Aufgeben der Kaiseridee ganz ausgesöhnt zu haben scheint.

Dem Teplitzer Vertrag folgte der von Chaumont (1. März 1814), in dem die Alliirten sich, nachdem Oesterreich lange geschwankt, zur energischen Fortsetzung des Krieges einigten. Außerdem aber war dieses Bündnis für die Zukunft unseres Vaterlandes von der höchsten Wichtigkeit, weil darin zum ersten Male sich officiell von den Verbündeten über Deutschlands künftige Verfaßung ausgesprochen wurde. Durch den ersten geheimen Artikel[2]) ward nämlich bestimmt, Deutschland solle aus unabhängigen Staaten bestehen, welche durch einen fortwährenden Bund miteinander vereinigt sein sollten. Damit schien denn Steins Kaiserprojekt völlig über Bord geworfen zu sein. Er war darüber keineswegs aufgebracht, da ihm, wie wir sahen, schon längst ernste Bedenken über die Durchführbarkeit seiner Ideen gekommen waren. Bereit, wie immer, wenn es galt, zum Heile des Vaterlandes zu wirken, arbeitete er nun, auf seiner im August 1813 entstandenen Arbeit fußend, sofort den Entwurf einer Verfaßung des neuen deutschen Bundes aus. Den 10. März übergab er eine darauf bezügliche Denkschrift dem Staatskanzler von Hardenberg und dem Grafen Münster, der als englisch-hannöverischer Bevollmächtigter das Heer der Alliirten begleitete, den 11. eine gleichen Inhalts dem Kaiser Alexander. Die Hauptpunkte, in welchen sich diese Steinsche Ver-

---

[1]) Pertz III, 481 u. Anm 101. Von der „unbegrenzten Verehrung" die Stein nach F. Lentners „Karl Freiherr v. Stein in Oesterreich." Wien 1873. S. 21 für das österreichische Herrscherhaus gehegt haben soll, ist hier wenigstens nichts zu verspüren. Uebrigens vgl. den Exenrs.

[2]) Dipl. Geschichte d. J. 1813—1815 I, 406.

faßung von der späteren unterschied, die uns die Wiener Bundesakte gebracht hat, waren etwa folgende:[1])

Ein Direktorium, bestehend aus den vier mächtigsten Staaten, Oesterreich, Preußen, Baiern und Hannover, sollte die Exekutivgewalt erhalten. Die Leitung des Bundestages, die Ausführung der von diesem gegebenen Gesetze, die Beaufsichtigung der Verfaßung und Justiz, der gegenseitigen Beziehungen der Einzelstaaten, die auswärtige Vertretung, endlich das Recht der Kriegserklärung und des Friedensschlußes sollten dem Direktorium zustehen. Von Geldmitteln sollten ihm die Einkünfte des Rheinoktrois und aller an den Grenzen des deutschen Bundes zu errichtenden Zölle sowie durch den Bundestag außerordentlich anzuweisende Auflagen überwiesen werden. Alle Binnenzölle und Einfuhrverbote deutscher Staaten gegeneinander sollten aufgehoben werden. Die Bundesversammlung sollte bestehen aus Abgeordneten der Fürsten und Hansestädte mit Hinzufügung von Deputirten als Vertretern der Provinzialstände der einzelnen Staaten. Diese Abgeordneten werden jährlich zu $^1/_5$ erneuert. Der jedes Jahr nur 6 Wochen versammelte Bundestag, vor den die Bundesgesetzgebung, die Auflagen für Bundeszwecke, die Entscheidung der Streitigkeiten zwischen Bundesgliedern und zwischen Fürsten und Unterthanen gehören, ernennt einen Exekutivausschuß. Die in Deutschland bestehenden militärischen Einrichtungen, die festgesetzte Zahl der Bundestruppen u. s. w. werden beibehalten mit Rücksicht auf die durch den Friedenszustand erforderlichen Modifikationen. Jeder Bundesstaat erhält Landstände, die jährlich behufs der Theilnahme an der Landesgesetzgebung und der Verwilligung der Steuern zusammentreten. Die Domainen werden zum Unterhalt der fürstlichen Häuser, die Abgaben für die erwähnten Zwecke verwendet.

---

[1]) Der französische Text bei Pertz „Denkschriften des Minisers Freih. v. Stein über deutsche Verfassungen." S. 14—22.

Die Mediatisirten gehören zu den Ständen und erhalten standesherrliche Rechte. „Jeder Deutsche kann nur durch seine natürlichen Richter verurtheilt werden und nicht länger als 48 Stunden verhaftet sein, ohne ihnen vorgestellt zu werden, damit sie über die Ursache seiner Verhaftung entscheiden. Jedermann hat das Recht auszuwandern, in jedem deutschen Lande nach seiner Wahl Civil- oder Kriegsdienste zu nehmen. Jedem Einzelnen und jeder Körperschaft steht das Recht zu, ihre Beschwerden gegen die Behörden drucken zu lassen. Das Eigenthum der wissenschaftlichen und Kunstwerke wird ihren Urhebern gewährt, die Nachbildung verboten und bestraft." Die Ausarbeitung einer auf solchen Grundlagen ruhenden Verfaßung sollte einer Commission übertragen werden, in der sich neben andern hervorragenden Kennern deutscher Zustände auch Wilhelm von Humboldt befände.

Dieser Entwurf, dem man wahrlich nicht den Vorwurf des Radikalismus machen kann, hat offenbar entschiedene Vorzüge vor der ein Jahr später zu Wien wirklich vereinbarten Verfaßung des deutschen Bundes. Seine Schattenseiten, namentlich in Bezug auf die Exekutive, die Zusammensetzung der Bundesversammlung, die Verwendung der Domaineneinkünfte u. s. w. sind zwar unverkennbar, doch werden sie bei weitem durch die Lichtseiten überboten, die in der Existenz einer Volksvertretung bei der Bundesversammlung und der Aufhebung der binnenländischen Zollschranken hervortreten. Pertz hat gewis Recht, wenn er meint,[1]) daß durch eine solche mäßige Theilnahme der Nation an der Berathung und Durchführung der allgemeinen Angelegenheiten, wie sie Stein hier vorschlug, das Nationalgefühl, das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, das in den Rheinbundsstaaten so sehr dem Partikularismus Platz gemacht hatte, wieder geweckt worden wäre und man so die bekannten revolutionären Wallungen hätte vermeiden

[1]) III, 562.

können, welche in den ersten Decennien unseres Jahrhunderts Deutschland in Unruhe versetzten. Die hier schon von Stein projektirte Gründung des Zollvereins wäre eine nationale That ersten Ranges gewesen. Während die übrigen Vorschläge des Chaumonter Entwurfs der Vergeßenheit anheimfielen, nahm Preußen diesen großen Gedanken vierzehn Jahre später wieder auf und machte ihn für seine Politik nutzbar. Indem es mit den finanziellen zugleich die politischen Interessen der so mit ihm verbundenen Staaten an sich feßelte, legte es den Grund zu der Machtstellung, die es heute in Deutschland einnimmt.

Kehren wir jedoch zur Betrachtung des Fortgangs der Bestrebungen Steins zurück. Die Chaumonter Stipulation über die künftige deutsche Verfaßung fand auch im ersten Pariser Friedensvertrag Aufnahme, dessen VI. Artikel den Passus enthielt: „Les états de l'Allemagne seront indépendans et unis par un lien fédératif.“[1]) Trotz der Intriguen Englands, das zur Verstärkung seines Einflußes auf dem Festlande in Deutschland eine möglichst große Zahl souveräner Mittelstaaten zu erhalten wünschte, trotz der Bemühungen Oesterreichs im Interesse seiner Machtstellung in Süddeutschland Baiern, den früheren Trabanten Napoleons, zu vergrößern, war er in Betreff der Ausführung seiner Entwürfe guten Muthes. Er empfahl noch dem russischen Kabinet warm den deutschen Entschädigungsplan Hardenbergs und kehrte im Juni 1814 nach Deutschland zurück, nachdem er Alexander das Versprechen gegeben hatte, zu Wien, wo man die deutschen Angelegenheiten definitiv regeln wollte, sich seiner Zeit zum Congresse einzufinden. Doch ruhte inzwischen seine Thätigkeit für die Neugestaltung Deutschlands keineswegs. Schon im Juli hatte er zu Frankfurt mit Hardenberg und dem ehemaligen Reichshofrathe, Grafen Solms-Laubach, einem bewährten Kenner deutschen Staatsrechts,[2]) darauf bezügliche Conferenzen. Der preußische Staatskanzler

[1]) Klüber, Acten des Wiener Congresses I, 1, 16.

[2]) Varnhagen von Ense, Denkwürdigkeiten des eigenen Lebens III, 244.

hatte einen Verfaßungsentwurf ausarbeiten laßen, der in wesentlichen Punkten von Steins Chaumonter Vorschlägen abwich. Namentlich war darin eine der alten Reichsverfaßung nachgebildete Eintheilung Deutschlands in Kreise bemerkenswerth. Kreisobersten d. h. Vorstände des Kreises in bürgerlichen und militärischen Angelegenheiten, sollten die mächtigsten Fürsten werden. Auf die mehrfachen Bedenken Steins gegen dieses Projekt, die er auch den 16. Juli dem Staatskanzler schriftlich übergab,[1]) modificirte dieser seine Vorschläge in der Weise, wie sie nachher unter dem Namen des Hardenbergschen „Entwurfs der Grundlagen der deutschen Bundesverfassung in 41 Artikeln" bekannt geworden und am 13. September 1814 zu Baden bei Wien von ihm dem Fürsten Metternich überreicht worden sind.[2]) Unter Metternichs Censur erhielt der Entwurf indessen solche Verstümmelungen, daß seine Gestalt vollständig verändert wurde, bis man ihn schließlich ganz zu den Acten legte. Wenn es nun auch hier nicht unsere Absicht sein kann, eine ausführliche Kritik dieses Schriftstücks zu geben, so müßen wir doch, wegen der, freilich nur mäßigen, Theilnahme Steins an seinem Ursprunge, wenigstens einen Blick auf einige seiner hauptsächlichsten Propositionen werfen.

Von österreichischen Ländern sollten nur Salzburg, Tyrol, Berchtesgaden und dasjenige, was das Erzhaus am Oberrhein erhalten würde, von Preußen nur die früheren und noch zu empfangenden Besitzungen links der Elbe diesem Bunde angehören. Diese Abänderung des preußischen Vorschlags vom August 1813 war offenbar durch die Bemerkungen Steins in den Entwurf gekommen, der sich ad § 3 des ihm von Hardenberg vorgelegten Planes also hatte vernehmen laßen: „Die Deutsche Provinzen der Oesterreichischen Monarchie und die Deutsche Provinzen der Preußischen auf dem rechten Elbufer machen unter sich seit einem Jahrhundert

[1]) Pertz IV, 43 ff.

[2]) Klüber, Acten I, 1, 45 ff. Schaumann, „Bildung des deutschen Bundes auf dem Wiener Congresse" in Raumers hist. Taschenbuche 1850. S. 180 ff.

ein eng verbundenes geschlossenes Ganze aus, das nicht ohne Nachtheile in andere Formen (d. h. die neue Kreiseintheilung) eingefaßt werden kann" und ferner: „Preußen und Oesterreich blieben in ihren inneren Einrichtungen ohngestöhrt, und sie würden Guarants der deutschen Verfassung."[1]) Nach dem Entwurf[2]) sollte nun das verbündete Deutschland in sieben Kreise zerfallen. Dem Rathe der Kreisobersten kam die Exekutive zu. Neben ihm stand ein Rath der Fürsten und Stände, mit dem er gemeinschaftlich die gesetzgebende Gewalt ausübte. Das Direktorium in dieser so gebildeten Bundesversammlung führen gemeinschaftlich Oesterreich und Preußen. Sind die Stimmen der beiden Räthe, die sich ähnlich wie zwei Ständekammern verhalten, getheilt, so steht die Entscheidung bei dem Direktorium. Ueber die Habeas-Corpusakte und die Preßfreiheit sprach sich im Gegensatz zu Steins Vorschlägen der Entwurf sehr unbestimmt aus. Augenscheinlich wollte man die genaueren Festsetzungen dieser Punkte erst im Einverständnis mit den übrigen Mächten treffen, von vorneherein ein übles Zeichen für die Energie, mit der die preußischen Staatsmänner ihre Anträge vertreten wollten. Unter den weiteren Bestimmungen ist noch besonders diejenige bemerkenswerth, welche in jedem Bundesstaate eine landständische Verfaßung verlangte. (Art. 7.) Ueber gemeinsame Verwaltungsgegenstände hieß es in Art. 8: „Man soll suchen, allgemein nützliche Einrichtungen und Anordnungen zum Wohl des Ganzen herzustellen, als z. B. ein allgemeines Gesetzbuch, gleiches Münzwesen, eine zweckmäßige Regulirung der Zölle, des Postwesens, Beförderung und Erleichterung des Handels und wechselseitigen Verkehrs u. s. w." Stein aber war in Bezug auf diese Punkte seit seinem Chaumonter Entwurfe, worin er nur ein gemeinsames Zollwesen verlangt hatte, schon weiter vorgeschritten. Denn er bemerkte zu diesem in sehr vagen Ausdrücken gehaltenen Artikel einfach und bestimmt: „Gemeinschaftliche

[1]) Pertz IV, 44 u. 45.

[2]) Pertz IV, 49—65.

Bundes-Angelegenheiten sind: Handelseinschränkungen, Münzsachen, Zollwesen, Postwesen. Diese Verwaltungsgegenstände können dem einzelnen Landesherrn nicht überlassen bleiben, ohne die Nachtheile einer zerstückelten und das Ganze stöhrenden Maasregel zu erzeugen. Ganz-Deutschland wird in eine Menge kleine Zolldistricte, Postdistricte u. s. w. aufgelöst und der National-Gewerbefleiß gelähmt werden." Ein weiteres Eingehen auf den Entwurf liegt außerhalb der Grenzen unserer Darstellung. Sicher ist, daß er hinter Steins Chaumonter Vorschlägen schon bedeutend zurückstand. Daß er aber „in Hinsicht der Einheit Deutschlands wie auch der Freiheitsrechte des Volkes" noch wesentlich Beßeres enthielt, als was uns später der deutsche Bund gebracht hat, ist erst neuerdings wieder anerkannt worden.[1]) Wie dem nun sei, er war und blieb ein todtgeborenes Kind und vermehrte nur das ohnehin schon so reiche „schätzbare Material" der Wiener Congreßverhandlungen.[2])

Für Stein trat nach dem Schluße der Frankfurter Conferenzen bis zur Eröffnung des Congresses eine Zeit der Ruhe von den Staatsgeschäften ein, die er im Familienkreise zu Nassau zubrachte. Sorglos war er darum aber doch nicht. Auf die Kunde von französischer Einwirkung auf die süddeutschen Staaten richtete

---

[1]) W. Maurenbrecher in den Preuß. Jahrbüchern XXVII, 53.

[2]) Schaumann, Bildung des deutschen Bundes auf dem Wiener Congresse in Raumers hist. Taschenbuche 1850, S. 180 sucht sich mit der Meinung, daß der Entwurf „wohl nur als eine vorläufige Ansicht und nicht als Etwas anzusehen sei, worauf die Politik unter jeden Umständen wieder zurüäzukommen sich vorbehielt," über dessen auch ihm auffallende Schwächen hinwegzuhelfen. Uns scheint es doch mehr als zweifelhaft, daß ein Mann wie Stein sich zum Mitveranlaßer eines derartigen Possenspiels hergegeben hätte! In seiner Selbstbiographie, die bekanntlich große Animosität gegen Hardenbergs Persönlichkeit und staatsmännisches Wirken zeigt, schweigt er über diesen Entwurf ebenso wie über den von Chaumont.

er an den nationalgesinnten Kronprinzen von Württemberg, der ihn während des Feldzugs von 1814 schätzen und lieben gelernt hatte, die Aufforderung, diesen Intriguen kräftigst entgegenzuwirken.[1]) Er hatte schon längst erkannt, daß man gegen das besiegte Frankreich viel zu milde verfahren sei und daß jede französische Regierung, mochte sie nun Bonaparte oder Bourbon heißen, an der möglichsten Verwäßerung einer einheitlichen Organisation Deutschlands bald nach Kräften arbeiten werde. Daß aber der eben durch Ströme des edelsten Blutes bezwungene Feind sogar im Rathe der Mächte bei der Neugestaltung unseres Vaterlandes mitsprechen werde, das ahnte er freilich noch nicht. Er sollte es zu Wien zu seinem bitteren Schmerze erfahren. In dieser Stadt traf er, geleitet von den Segenswünschen aller Patrioten, den 15. September 1814 ein. Die großen Erwartungen, welche die Besten der Nation von seiner Thätigkeit hegten, waren vollkommen gerechtfertigt. War er doch, obschon ohne Stimme in den förmlichen Berathungen, wie ein geistreicher Zeitgenoße[2]) treffend sagt, „durch seine Schicksale, Wirksamkeit und Gesinnung überall eine Art Macht." Noch immer stand er in hoher Gunst bei Alexander, der, ohne seine Ansicht gehört zu haben, in deutschen Angelegenheiten keinen Schritt that. Freilich der fast allmächtige Einfluß, den er auf dem Siegeszuge vom Niemen bis zur Seine bei dem Kaiser besessen hatte, war seit dem Einzuge in Paris dahin. Nicht als ob Differenzen irgend einer Art das frühere herzliche Verhältnis beider Männer getrübt hätten. Wir erwähnten, daß der Kaiser den Freiherrn aufs dringendste zur Theilnahme am Congresse einlud. Aber seit der Niederwerfung der Uebermacht Frankreichs war der Czar ein anderer geworden. Man hat diesen Umschlag in seinen Gesinnungen und Planen namentlich auf französischen Einfluß zurückzuführen gesucht. Möglich, daß die Schmeicheleien Talleyrands und seiner Agenten und Agentinnen auf das leicht empfängliche Herz Alexan-

---

[1]) Pertz IV, 76.

[2]) Varnhagen von Ense, Denkwürdigkeiten des eigenen Lebens III, 241.

ders einigen Eindruck gemacht haben.[1]) Der wesentlichste Grund der mit ihm vorgegangenen Veränderung aber war sicherlich, daß nun, nachdem kein Feind mehr zu fürchten, in ihm an die Stelle des Vorkämpfers für Europas Befreiung der russische Politiker getreten war. „Der Freiherr vom Stein, so spricht sich ein neuerer ausgezeichneter Geschichtschreiber[2]) aus, mußte ihm jetzt mehr und mehr entfremdet werden, da beide in so mancher Beziehung ein ganz verschiedenes Ziel im Auge hatten. Stein wollte den allgemeinen Frieden, die Ruhe des Welttheils durch eine erweiterte und fest begründete Macht Deutschlands gesichert wissen. Ein solches Deutschland aber, das sicher auf eigener Macht ruhend, eines fremden Beschützers nie bedurft und fremde Einmischung nicht geduldet hätte, paßte nicht in die Weltordnungspläne des Kaisers Alexander. Hätte es doch Rußland vom Westen ausgeschlossen." Die Symptome dieser veränderten Stimmung seines kaiserlichen Gönners waren indessen in den Anfängen des Congresses für Stein noch weniger bemerkbar. Auch fand er gleich von vorneherein so viel anderen Grund zum Aerger, daß ihm keine Zeit zu ruhiger Beobachtung blieb. Denn seine Hoffnungen auf

---

[1]) In seiner derben Manier sagt darüber der alte E. M. Arndt „Meine Wanderungen und Wandlungen mit dem Reichsfreiherrn v. Stein" 216 f.: „Aber nur bis Paris war Kaiser Alexander ganz und heil gekommen, in Paris ward der steinsche Alexander ungesund und zerrissen; es trat leider aus den listigen und blanken russischen und französischen Elementen seiner Natur und Erziehung jetzt etwas hervor, was von Steins Willen und Karakter am fernsten lag." Und ferner: „Das war es, das war die Verwandlung — in Paris war die französische Gewandtheit und Listigkeit, welche mit unendlicher Geduld und Kunst alle Maschinen und Geräthe des Trugs für ihre Vortheile aufzuspannen und zu benutzen versteht, sogleich über ihn gekommen. Die Franzosen hatten sich sogleich den Vaatländischen Schweitzer, General la Harpe, der Alexanders Jugend erzogen hatte, zu solchem Gebrauch verschrieben; noch mehr sollten hier die himmelanstönenden Gebete und Seufzer frömmelnder alter Weiber helfen."

[2]) Th. v. Bernhardi „Geschichte Rußlands und der europäischen Politik in den Jahren 1814 bis 1831. I, 5

Ordnung der Verhältnisse Deutschlands erlitten schon bald nach seiner Ankunft zu Wien einen harten Stoß. Die Behandlung der deutschen Verfaßungs- und Gebietsfragen übernahmen nicht, wie er vorschlug, die drei Großmächte Oesterreich, Preußen und Hannover (d. h. England), wofür die Kleinstaaten sicher gestimmt hätten, sondern diese vereinigten sich mit den beiden ehemaligen Rheinbundskönigreichen Baiern und Württemberg zu einem „Comité." Dieser „Fünfercommission" wurden in ihrer ersten Sitzung (16. October) von Preußen, Oesterreich und Hannover die Grundzüge zu einer deutschen Verfaßung in 12 Artikeln[1]) vorgelegt, wie sie aus den Conferenzen Metternichs und Hardenbergs hervorgegangen waren. Vom ursprünglichen Steinschen Plan, der schon, wie wir sahen, in Hardenbergs 41 Artikeln bedeutende Veränderungen erfahren hatte, war hier nichts mehr zu erkennen. Der Bund war auf alle deutschen Länder Oesterreichs und Preußens ausgedehnt, die von Hardenberg in Anregung gebrachte Kreiseintheilung beibehalten. Auch war es gewis kein Fehler, daß der Rath der Kreisobersten um zwei Staaten (Baden und Kurhessen) verringert, damit also die Exekutive weniger zersplittert war. Dafür waren aber viele wichtige Bestimmungen gestrichen, wie namentlich das Beschwerderecht der Unterthanen bei dem Bunde, die Habeas-Corpusakte, die Preßfreiheit, Sicherheit des literarischen Eigenthums u. s. w. Allein auch dieses Elaborat stieß auf den heftigsten Widerstand. Steins Befürchtungen, daß die beiden süddeutschen Staaten, namentlich Baiern, durch den hochfahrenden Wrede vertreten, Unkraut unter den Weizen säen würden, giengen vollständig in Erfüllung. Die Fünfercommission tagte von Mitte October bis zum 16. November, ohne daß man, aller Bemühungen Oesterreichs, Preußens und Hannovers ungeachtet, in der deutschen Verfaßungsfrage nur einen Schritt vorwärts kam. Die beiden Könige von Napoleons Gnaden waren nicht gewillt zu Gunsten des Gesammtvaterlandes irgend einen Theil ihrer eben erst von dem

[1]) Klüber, Acten I, 1, 57—61.

Fremden erlangten Souveränetät aufzugeben, namentlich nicht das Vertragsrecht und das Recht der Kriegserklärung und des Friedensschlußes. Die Sprache, welche ihre Vertreter schon vor dem Zusammentritt der Fünfercommission den Abgesandten der kleineren Staaten gegenüber geführt hatten, sowie die eigenmächtige Zusammensetzung des ganzen Comités hatten diesem sofort eine heftige Opposition unter den Bevollmächtigten der Kleinstaaten geschaffen. Die Zahl dieser Gegner wuchs von 19 nach und nach bis auf 31. Die bedeutendsten darunter waren Mecklenburg-Schwerin und die beiden Hessen.[1]) Die Führung dieser Gegenpartei übernahm der Vertreter des Hauses Nassau-Oranien, Hans von Gagern. Die Thätigkeit dieses Staatsmannes in der deutschen Frage hat eine Zeit lang eine allzuscharfe Beurtheilung erfahren. Erst die neueste Geschichtschreibung ist dem treuen Patrioten wieder gerecht geworden.[2]) Obschon in gleicher Lebenslage mit Stein — auch er gehörte einem alten reichsunmittelbaren Geschlechte an — und geneigt, in der politischen deutschen Reformation Steins „Melanchthon" zu sein,[3]) stand er dennoch in seinen Anschauungen über Deutschlands Verjüngung zu diesem in scharfem Gegensatze. Während Stein die Herstellung deutscher Größe von der Schöpfung einer starken Centralgewalt, gebildet durch eine Exekutive der mächtigsten Fürsten, erwartete, war Gagern der Vorkämpfer für die gleichmäßige Theilnahme aller, auch der kleinsten, deutschen Staaten an der Constituirung und Regierung des neu zu gründenden Deutschlands. In diesen Ideen und seinem Widerwillen gegen die Präponderanz der beiden Großmächte hatte er sich später sogar soweit festgerannt, daß er, so schwer dies seinen großdeutschen Principien auch fiel, selbst an einen Bund der Kleinstaaten ohne Oesterreich und Preußen, aber mit Dänemark und den Nie-

[1]) Die Gesandten Hessen-Kassels waren Graf Keller und G. F. v. Lepel. Klüber, Acten I, 1, 75.

[2]) H. v. Treitschke Histor. u. polit. Aufsätze. 2. Aufl. 153 ff.

[3]) Gagern, Antheil IV, 34. Brief an Stein vom 28. Juni 1813.

derlandendachte![1]) Als er aber am 14. Oktober 1814 in seinem Hôtel zu Wien 19 Vertreter deutscher Fürsten und Reichsstädte zuerst bei einem „munteren Frühstücke" versammelte,[2]) um, wie er sich ausdrückt, das Vorgehen der fünf Mächte zu „rectificiren," da war in ihm noch der Gedanke an Wiederherstellung von Kaiser und Reich lebendig. In der Anrede, mit welcher er an jenem Morgen seine Collegen begrüßte, heißt es gegen den Schluß hin: „Dann ist noch ein Gegenstand, den ich für den wichtigsten ansehe, die Kaiserwürde. Lassen Sie uns das als allgemeinen Wunsch alsobald ausdrücken.[3]) Auf die Bemerkung des mecklenburgischen Gesandten, Freiherrn von Plessen, daß er bereits mit dem Fürsten Metternich eine Unterredung über ihre Beschwerden und Absichten gehabt habe, dieser jedoch „zur Ruhe rathe," beschloß man nichtsdestoweniger, den kurhessischen Minister Grafen Keller an den österreichischen Staatskanzler abzusenden, um diesem die verschiedenen Begehren zu hinterbringen.[4]) Von der Versammlung jenes Morgens und ihrem Urheber Gagern stammt demnach die Wiederaufnahme der Agitation für ein deutsches Kaiserthum. Es erscheint daher hier am Platze auf Gagerns Anschauungen über „Kaiser und Reich" einen Blick zu werfen. Wir glauben dies nicht beßer thun zu können, als wenn wir zunächst einen Abschnitt der trefflichen Darstellung hier folgen laßen, die Th. v. Bernhardi von den Ideen dieses Mannes gibt. „Das „Reich", sagt dieser Historiker,[5]) war ihm ein Begriff, der eine von der Versammlung der deutschen Fürsten als Corporation in Deutschland geübte Gesammtherrschaft und unverkümmerte Landeshoheit für jeden Einzelnen daheim um-

---

[1]) Antheil II, 357 f.

[2]) Antheil II, 202.

[3]) Antheil a. a. O.

[4]) Ueber das Resultat dieser Sendung ist nichts Näheres bekannt geworden. Sehr wahrscheinlich ist die Vermuthung, daß Metternich den Petenten den Rath ertheilt habe, erst bei der voraussichtlichen Auflösung der Fünfercommission förmlich mit ihren Ansprüchen hervorzutreten. Dipl. Gesch. II, 183.

[5]) Geschichte Rußlands u. s. w. I, 145.

faßte. Den „Kaiser" dachte er sich in ziemlich unbestimmter Weise als eine phantastisch-glänzende und erhabene Erscheinung hinzu. Das Kaiserthum sollte nämlich nur „eine gekrönte Vorsteherschaft" sein, ein „Vorsitz unter Königen und Fürsten", ein wenig über die Reichsfürsten erhabenes Haupt (caput paulo eminentius). So war es, nach Gagerns Meinung, von jeher in Deutschland gewesen; das „Reich" ihm zufolge von jeher ein Staatenbund. „Die Initiative, die Hoheit, der oberste Kriegsbefehl, das Protektorat zu erlaubten Dingen, die National-Verbindung, die unmittelbare Hemmung entstehender Uebel, vermöge Amtes und Berufs; die Abhaltung von anderen, gefährlichen Associationen; das sind sehr wesentliche Dinge" — die der Kaiser, ohne alle und jede selbstständige, von den Fürsten unabhängige reale Macht im Reich, besorgen sollte." Das wiederhergestellte Kaiserthum sollte wieder ein Wahlkaiserthum sein, auf das in erster Linie das Haus Habsburg Anspruch zu erheben hatte. Eine gesunde Opposition unter den Reichsfürsten, als deren „natürlichster Leiter der Stärkste nach dem Führer", Preußen, gedacht war, hatte einen Damm gegen Ausschreitungen der kaiserlichen Macht zu bilden! Diese Einrichtungen sollten, so hoffte Gagern, Deutschland den ersten Rang unter den Nationen sichern, den es ohne die Kaiserwürde nicht behaupten würde![1]) „Die Kaiserwürde, sagt er,[2]) ist der Schlußstein unseres politischen Thuns, alles Andere führt zu unsicheren Versuchen, Speculation und Irrungen." Diesen Ideen lag eine gute Dosis persönlicher Eitelkeit nicht fern, wie dies aus seinen eigenen Worten hervorgeht. „Auch wir, des Reiches freie Ritterschaft, so läßt er sich vernehmen, bringen alsdann (d. h. nach Herstellung der Kaiserwürde) dem allgemeinen Wohl gern Berechtigungen zum

---

[1]) Ausführungen Gagerns in seinem im Januar 1815 gedruckten Aufsatze „Fernerer Versuch, politische Ideen zu berichtigen. Einige Grundzüge deutschen Staatsrechts und deutscher Geschichte." Antheil IV, Beilage 25, S. 379.

[2]) Antheil II, 383.

Opfer, zum schweren Opfer! Die Zeit wird uns jedoch bemerken und daß wir standhaft, muthig, thätig da waren! Die Fränzchen von Sickingen, Götz von Berlichingen, Ulrich von Hutten haben nicht gefehlt! — Mögen wir und unser kühnes Beginnen ersetzt werden!"[1])

Während so der wiedererstandene Sickingen in seinen Idealen von Kaiser und Reich schwelgte, ward er von dem Standesgenoßen, den er mit dem neuen Götz von Berlichingen gemeint haben mag, in seinen Bestrebungen vollständig überflügelt. Stein, der wohl erkannte, daß die Mehrzahl der Opponenten gegen die Fünfercommission den phantastischen Ideen ihres Führers nicht folgen werde, beschloß nämlich, aus der Einmüthigkeit der Kleinstaaten auf andere Weise für das Zustandekommen des Verfaßungswerkes Nutzen zu ziehen. Er trat daher im Anfang des November mit Umgehung Gagerns mit den Gesandten der kleineren Mächte einzeln in Verbindung und bewegte diese zu Vorstellungen bei den deutschen Großstaaten, worin sie sich gegen das Gebahren Baierns und Würtembergs entschieden aussprachen und auf Beschleunigung der Constituirung Deutschlands drangen.[2]) Außerdem wurde eine „Declaration" im Namen der kleineren Fürsten und freien Städte vorbereitet, welche die Wünsche und Forderungen dieser Staaten in bestimmter Form kundgeben sollte. Auch von diesem Actenstücke sollte Gagern erst in Kenntnis gesetzt werden, wenn es ihm zur Unterzeichnung vorgelegt würde, er somit auf seine Gestaltung keinen Einfluß mehr ausüben könnte.[3]) Zu gleicher Zeit aber griff Stein zu einem weiteren Mittel, um den Widerstand Baierns und

---

[1]) Antheil II, 384.

[2]) Pertz IV, 145 f.

[3]) In seinem Bericht über die Geschichte dieser Declaration macht Gagern gute Miene zum bösen Spiel und läßt kluger Weise nicht merken, daß er der Düpirte war. So sagt er Antheil II, 215 betreffs der Note vom 16. Nov.: „In dieser Beziehung sagten wir damals gemeinschaftlich" und darauf folgt der weiter unten im Texte zu besprechende Passus von der Einsetzung eines gemeinsamen Oberhaupts.

Württembergs zu brechen — er wandte sich mit einer schriftlichen Vorstellung an den Kaiser Alexander. Dieser Schritt, so bezeichnend er uns heutzutage für die traurige Lage der deutschen Angelegenheiten zu Wien erscheinen mag, wurde damals durchaus nicht auffallend gefunden. War ja doch der Czar Mitunterzeichner des Aufrufs von Kalisch, worin er „der Wiedergeburt des ehrwürdigen deutschen Reiches mächtigen Schutz und dauernde Gewähr zu leisten versprochen hatte! Hatte er doch den Vertrag zu Chaumont und den Pariser Frieden mit abgeschloßen, wonach die deutschen Staaten zu einem immerwährenden Bunde vereinigt sein sollten. Und, wenn man ehrlich sein wollte, war man ihm nicht für seinen ruhmvollen Antheil an der Befreiung Deutschlands, für sein entschloßenes Festhalten an der Fortsetzung des Krieges bis zum Sturze des französischen Kaisers, zum größten Danke verpflichtet? Andererseits war auch Stein mehr als irgend ein Anderer in der Lage, Erkenntlichkeit von Seiten Alexanders beanspruchen zu können. So wurde denn sofort seinen Wünschen entsprochen, als er diesen ersuchte, den Sonderbestrebungen Baierns und Württembergs entgegenzutreten, „Oesterreich, Preußen und Hannover einzuladen, auf den Verfassungsgrundsätzen zu bestehen, die sie ausgesprochen hätten und ihnen Beihülfe zu deren Aufrechterhaltung zu versichern.“[1]) Zugleich mit dem Schreiben, worin diese Bitte ausgesprochen war, übergab Stein den 5. November dem Kaiser den Entwurf einer vertraulichen Note Rußlands an Preußen und Oesterreich über die deutschen Angelegenheiten. Da jedoch diese Note von Alexander für zu weitläufig und bitter erklärt wurde, änderte Stein sie einige Tage darauf ab und in dieser verbeßerten Form wurde sie den 11. November von Nesselrode an Metternich und Hardenberg übergeben. Der Kaiser von Rußland ertheilte darin dem am 16. October durch die Cabinete von Wien, Berlin und Hannover vorgeschlagenen Bundesplane seine völlige Beistimmung und versprach, diesen Plan durch seine Vermittlung zu

[1]) Pertz IV, 149 f.

unterstützen, wenn die Umstände es erfordern sollten.[1]) Diesem Vorgehen auf diplomatischem Wege suchte man auch anderweit Nachdruck zu geben. Die nationalgesinnte Presse Deutschlands, vor allem der von Görres redigirte „Rheinische Merkur" nahm sich gleichfalls des Zustandekommens des Verfaßungswerkes kräftig an und eiferte heftig gegen die dynastischen Sondergelüste der beiden Rheinbundskönige. Der Kronprinz Ludwig von Baiern, sonst ein Verehrer Steins, war über diese Angriffe aufs Aeußerste erbittert und scheute sich nicht, bei einer fürstlichen Tafel, zu der auch der Freiherr zugezogen war, im Gespräche über diese Zeitungsartikel laut zu äußern: „Ja, es wird viel tolles Zeug jetzt geschrieben, wie von dem Görres und anderen, die Stein beschützt." Stein vernahm diese Bemerkung und nun erfolgte ein Auftritt, der, wie so manche andere, Zeugnis ablegt von dem mehr als königlichen Bewußtsein des Reichsfreiherrn. Zornsprühend eilte er auf den Kronprinzen zu und donnerte ihn mit den Worten an: „Ich bitte, daß Ew. Königl. Hoheit Ihre Stellung nicht vergessen, wer Sie sind und wer ich bin! Es ist nicht schicklich, in so großer Gesellschaft auf diese Weise Namen laut zu nennen![2])"

Indessen hatte die russische Note weiter keine Wirkung, als daß in einer neuen Sitzung der Fünfercommission (12. November) die Minister Preußens, Oesterreichs und Hannovers von Neuem das entschiedene Festhalten ihrer Souveräne an den Principien der 12 Artikel erklärten. Es war so ziemlich das letzte Lebenszeichen des „Comités für die deutschen Angelegenheiten." Denn am 16. November erfolgte eine Note Württembergs,[3]) welche im Namen des Königs Friedrich, eben jenes Königs, der noch im Februar 1814

---

[1]) Die Note bei Klüber, Acten I, 1, 61 f. Dort heißt es S. 63: S. M. l'Empereur de Russie ne peut donc qu'y donner son entier assentiment, décidé à appuyer ce projet par son intervention, si les circonstances devoient l'exiger.

[2]) Pertz IV, 153.

[3]) Klüber, Acten I, 1, 101 f.

Napoleon zu seinen Siegen über Blücher Glück gewünscht hatte,[1]) dessen „tiefste Bekümmerniß" über den seitherigen Gang der Verhandlungen aussprach und erklärte, „daß, so aufrichtig der Wunsch Sr. Majestät sei, zu dem großen Zweck des Bundes ferner mitzuwirken, Sie sich demungeachtet außer Stand befinden und mit den gegen Ihren Staat und Haus obhabenden Pflichten nicht als vereinbarlich ansehen, sich fernerhin immer nur über einzelne Gegenstände zu erklären oder angesonnene Verbindlichkeiten zu übernehmen, ehe und dann Sr. Majestät der Plan des Ganzen und die oben angeführten noch abmangelnden Erörterungen[2]) mitgetheilt worden seyn werden und Höchstdieselben allein dadurch zur Abstimmung sich ermächtigt finden können." Damit war Württembergs Austritt aus dem Comité erklärt und dieses gesprengt, da auch ein dieser Erklärung folgender Notenwechsel des Fürsten Metternich mit dem württembergischen Cabinet dasselbe nicht zum Aufgeben seiner Haltung zu bewegen vermochte. An demselben Tage aber, an welchem diese Austrittserklärung erfolgte, wurde die von Stein veranlaßte Declaration der Kleinstaaten Metternich und Hardenberg überreicht.[3]) Die Bevollmächtigten von 25 souveränen deutschen Fürsten und 4 freien Städten, denen acht Tage später noch beide Hohenzollern beitraten,[4]) an ihrer Spitze die Gesandten beider Hessen,[5]) beschwerten sich darin, daß „außer denen als Paciscenten beim Pariser Frieden aufgetretenen hohen Mächten, Oester-

[1]) Häusser, Deutsche Geschichte IV, 497.

[2]) Nämlich über den Umfang der Besitzungen der Bundesglieder und der „physischen und politischen" Grenzen des Bundes. Klüber I, 1, 102.

[3]) Text bei Klüber, Acten I, 1, 72 ff.

[4]) Klüber I, 1, 93 f.

[5]) Baden, das früher vergebliche Versuche gemacht hatte, Aufnahme in das Fünfercomité zu erlangen und seit deren Scheitern eine Sonderstellung einnahm, betheiligte sich nicht an der Declaration, sondern gab eine sehr partikularistisch gehaltene Separaterklärung ab. Erst den 9. December trat es dem Verein der kleineren Staaten bei. Klüber I, 1, 96.

reich und Preußen, einige in ähnlicher Categorie mit mehreren nicht Eingeladenen stehende teutsche Höfe, als Repräsentanten für die Mehrheit ihrer übrigen teutschen Mitstaaten auftreten zu wollen schienen." Unter diesen Verhältnissen seien es die Unterzeichner „der Würde ihrer Committenten, den Pflichten gegen das teutsche Vaterland und den Millionen, die auch sie zu vertreten hätten, schuldig, nicht länger zu schweigen. Gestützt auf die von den Alliirten mit den deutschen Fürsten abgeschloßenen Accessionsverträge, auf die Bestimmung des Pariser Friedens (Art. VI.) und die Grundsätze des Völkerrechts verlangten sie die Theilnahme ihrer Committenten an der Constitnirung des Bundes, versprachen, es mit Dank anerkennen zu wollen, wenn Oesterreich und Preußen ihnen, auf der Basis gleicher Rechte und einer vollständigen Repräsentation aller Bundesglieder beruhende Vorschläge über die künftige Verfaßung mittheilen wollten und erklärten die Bereitwilligkeit ihrer Auftraggeber „zum Besten des Ganzen denjenigen Einschränkungen ihrer Souveränetät sowohl im Innern ihrer Staaten, als im Verhältniß gegen Auswärtige, beizupflichten, welche als allgemein verbindlich für Alle beschlossen werden würden." Sie zeigten sich ferner damit einverstanden, „daß aller und jeder Willkür, wie im Ganzen durch die Bundesverfassung, so in den einzelnen Staaten durch Einführung landständischer Verfassungen vorgebeugt" und den Ständen das Recht der Abgabenbewilligung, die Mitaufsicht über die Verwendung der Steuern, Antheil an der Gesetzgebung und das Recht der Beschwerdeführung „insbesondere in Fällen der Malversation der Staatsdiener und bei sich ergebenden Misbräuchen jeder Art" zugestanden werden sollten. Die angemessene Einrichtung der ständischen Verfaßung solle den einzelnen Staaten „nach dem Charakter der Einwohner, den Localitäten und dem Herkommen" überlaßen bleiben, der Justizgang vor Willkür sicher gestellt werden. „Endlich aber — und dieser Schlußpassus

ist es, der für unsere Darstellung besonders in Betracht kommt, halten die Unterzeichner sich überzeugt, die teutsche Verfassung würde ihren festesten Bestand alsdann erst behaupten können, wenn ein gemeinsames Oberhaupt, welches dem teutschen Verband den ersten Rang unter den europäischen Nationen gab, an der Spitze der deutschen Verbindung dem von den Ständen des Bundes gemeinsam Beschlossenen die unverbrüchliche Vollziehung sichern, die Säumigen oder Weigernden ohne Unterschied mit erforderlichem Nachdruck zur Erfüllung des Bundesvertrags anhalte, der Bundesjustiz schnelle und vollkommene Folge verschaffe, die Kriegsmacht des Bundes leite, und so im Innern und gegen Außen allen Staaten desselben, auch dem mächtigsten, als Beschützer, erster Repräsentant der teutschen Nation und Gegenstand allgemeiner Ehrfurcht, der Verfassung aber als kräftigster Garant, als teutscher Freiheit Aegide, sich darstelle."

Denselben Tag richtete, gleichsam als Commentar zu dieser Declaration, der braunschweigische Gesandte, Geheimerath von Schmidt-Phiseldeck, an den Vertreter Hannovers, Grafen Münster, eine Note,[1]) worin er auf eine am 11. November mit diesem Minister gehabte Unterredung Bezug nahm, in der er den gemeinschaftlichen Wunsch aller Unterzeichner der Declaration zu erkennen gegeben hatte „die Verfassung des teutschen Bundes zu dessen bessern Zusammenhaltung durch Wiederherstellung der Kaiserwürde geknüpft zu sehen." Als „gemeinschaftliche Ansicht und Meinung" theilt er nun die für besonders wesentlich gehaltenen „Attributionen der Würde eines Bundeshauptes" mit, über deren Detail man sich übrigens erst einigen könne, wenn damit ein vollkommener Entwurf einer Constituirung des Bundes verbunden sei. Die Befugnisse des Kaisers oder Bundeshaupts sollten hiernach bestehen: in der Aufsicht über die Beobachtung und Vollstreckung der Bundesbeschlüße, Aufsicht über die Justizverfaßung mit dem Befugnisse der Ernennung des Personals und

[1]) Klüber, Acten I, 1, 77 ff.

Vollstreckung der Erkenntnisse, wo solches nöthig sein sollte, Vorsitz in der Bundesversammlung und Repräsentation nach Außen, endlich Direction der Reichsbewaffnung und Anführung im Reichskriege. Von der Frage über die Erblichkeit der Würde eines Bundeshaupts „unter welchem Titel es übrigens sey," meint er, „sie sey an sich sehr verschiedenen Betrachtungen unterworfen und glaube man, daß dieselbe, von mehreren politischen Rücksichten abhängig, für diesen Augenblick noch unberührt gelassen werden dürfe." Die weiteren Ausführungen der Note, namentlich die Widerlegung der von Münster gegen die Wiederaufrichtung der Kaiserwürde vorgebrachten Gründe und der Nachweis, daß die in Deutschland existirenden Könige für die Erneuerung jener Würde kein Hindernis sein könnten, kommen für unsere Zwecke hier weniger in Betracht. Ebensowenig wollen wir die verschiedenen Stadien, welche nun die Kaiserfrage auf dem Congresse durchlief, einer eingehenden Erörterung unterziehen. Bei der Geschichte der berühmten Declaration schien es uns jedoch geboten, die Quellen etwas ausführlicher reden zu laßen wegen des hervorragenden Antheils, den, wie wir sahen, der Freiherr vom Stein an ihrer Entstehung hatte. Zu unserer Verwunderung sehen wir ihn, der seit dem Vertrage von Chaumont mit der Kaiseridee gänzlich gebrochen zu haben schien, plötzlich wieder als deren Förderer. Wodurch dieser Umschlag in seinen Ansichten eintrat, ist uns nirgends vollständig aufgeklärt. Sei es, daß bei den Bevollmächtigten der Kleinstaaten der Gagernsche Reichsgedanke doch mehr Boden gefunden hatte, als Stein dachte, so daß dieser, als er, mit Umgehung Gagerns, ihre Führerschaft übernahm, „zu schieben glaubte, aber geschoben ward," sei es — und dies scheint uns das Wahrscheinlichere — daß auch der große Reichsfreiherr unter dem Banne des Zaubers stand, den der Kaisername von jeher auf den deutschen Patrioten ausübte. Alle gelehrten Deductionen von der Unmöglichkeit des Kaiserthums, so richtig sie auch sein mochten, alle Hinweisungen auf die klägliche Rolle, welche der deutsche Kaiser schon lange vor der Auflösung

des heiligen römischen Reichs gespielt, hatten jenen Namen nicht des idealen Glanzes berauben können, den Jahrhunderte einstiger Größe ihm verliehen hatten. Ihn dachte sich, trotz der Zeiten der Trübsal, von denen, namentlich unter dem letzten Kaisergeschlechte, das Vaterland heimgesucht worden war, eine nicht geringe Anzahl der Besten der Nation eng verknüpft mit deutscher Macht und deutscher Größe. Den Gefühlen dieser „Schwärmer," wie man sie später schalt, lieh damals vor Allen Max von Schenkendorf poetischen Ausdruck. Aus jenen Tagen stammt sein schönes Gedicht „Seine Herrin," das mit den begeisterten Strophen schließt:

„O tritt hervor in deiner Schöne,
Von heil'gem Eichenzweig umlaubt,
Daß dich die Hand des Volkes kröne,
Das immerdar an Dich geglaubt.
Ein Leuchten ist's aus großen Tagen,
Das dich, du Herrliche, umwallt,
Wie Zauber schwebt's von alten Sagen
Um deine selige Gestalt.
Wer dich nur schauet, muß entbrennen
In Liebesgluth und Andacht gleich;
So laß mich Deinen Namen nennen:
Mein heiliges, mein deutsches Reich!"

Und wenige Wochen später kennzeichnete nur zu wahr wieder der edle Dichter die mit tiefem Schmerze über den Gang der Dinge erfüllte Stimmung von tausenden und aber tausenden deutscher Herzen, wenn er im Juni 1814, als durch die Bestimmungen von Chaumont und Paris die Hoffnungen auf Wiederherstellung von Kaiser und Reich ein für allemal zerstört schienen, in seinem an Jahn gerichteten „Erneuten Schwur von wegen des heil. deutschen Reiches" sang:

„Es haben wohl gerungen
Die Helden dieser Frist,
Und nun der Sieg gelungen,
Uebt Satan neue List.

Doch wie sich auch gestalten
Im Leben mag die Zeit,
Du sollst mir nicht veralten,
O Traum der Herrlichkeit!"

Auch in Stein sahen wir ja noch wenige Jahre vorher einen warmen Verehrer des Kaiserthums, freilich nicht des verfaulten, sondern eines auf neuen Grundlagen zu organisirenden. Er hatte gewünscht „einen Zustand herzaubern zu können, wie er unter den großen Kaisern des 10. bis 13. Jahrhunderts geherrscht," ihm schien „statt der Wiederherstellung der deutschen Verfassung des westphälischen Friedens unendlich angemessener die Wiederaufrichtung der alten Monarchie, die Bildung eines Reichs, welches alle sittlichen und physischen Bestandtheile der Kraft, Freiheit und Aufklärung enthielte." Mehr als je mochten ihm nach den Vorgängen der letzten Wochen „die Dynastien vollkommen gleichgültig und blos Werkzeuge," die Erneuerung des Kaisertitels bei der Unmöglichkeit Einheit herzustellen „ein Auskunftsmittel, ein Uebergang" sein. Die Vorsteherschaft, ausgeübt von einer längst anerkannten Großmacht, schien ihm schließlich bei weitem einem Bunde gleichberechtigter Mitglieder vorzuziehen, in welchem von dem ehemals Reichsunmittelbaren als „Unterdrücker und Usurpatoren" betrachtete Kleinfürsten sich der Unabhängigkeit zu erfreuen hatten.[1]) Vielleicht war er auch in dem Glauben, durch den Drang der Verhältnisse und den einmüthigen Wunsch der Nation würden die Fürsten im Laufe der Zeit endlich doch zu Concessionen zu Gunsten der Kaisergewalt genöthigt sein. Dazu kam der oben besprochene idealistische Zug, dem wir sonst bei dem praktischen Staatsmanne so wenig begegnen und so wurde Stein die Seele einer Bewegung, die bei dem historisch gewordenen Zustand der Dinge in Deutschland, bei der Existenz zweier deutschen Großmächte, von vorneherein eben so aussichtslos war, als sie es, von nicht schlechteren Männern als Stein unternommen, fünfunddreißig

[1]) Gagern, Antheil IV, 166 ff. Brief Steins an Gagern vom 1. Mai 1826.

Jahre später gewesen ist. Den sonst ihm eigenen politischen Scharfblick hat er bei dieser Gelegenheit nicht bewiesen. In seinem späteren Leben sah er dies selbst wohl ein und kam daher nie auf das Kaiserprojekt zurück. Daß er aber nicht, wie mehrere der kleinstaatlichen Gesandten von sich eingestanden,[1]) lediglich in der Absicht, die Fünfercommission zu sprengen, an der Declaration Theil genommen hat, dafür bürgt uns die Lauterkeit seines Charakters ebenso sehr als seine eifrigen Bemühungen für die Wiederherstellung des Kaiserthums zu einer Zeit, wo schon längst keine Fünfercommission mehr existirte.

Wer nun nach dem Wunsche der Kleinstaaten Kaiser werden sollte, gieng zwar aus ihrer Note nicht unmittelbar hervor, ergab sich aber aus ihrer nun über diesen Punkt erfolgenden Correspondenz mit dem Grafen Münster,[2]) den Metternich und Hardenberg, um einer direkten Antwort auf die Forderungen der Petenten einstweilen auszuweichen, ins Vordertreffen stellten. Danach wollte man die Würde dem historischen Rechte nach wieder Oesterreich übertragen. Diese Macht hatte nämlich, den Erklärungen Metternichs zu Teplitz, Frankfurt, Chaumont und Paris zum Trotz, in der letzten Zeit eine politische Schwenkung gemacht und sich der Wiederannahme des Kaisertitels nicht abgeneigt gezeigt. Schon den 22. October hatte Kaiser Franz einer Deputation deutscher Standesherren,[3]) für welche in der Audienz die Fürstin-Vormünderin

---

[1]) Schaumann in Raumers hist. Taschenbuche 1850. S. 207 ff.

[2]) Klüber I, 1, 82 ff. Mit Münster gerieth Stein in Folge von dessen partikularistischer Haltung auf dem Congresse in ein feindseliges Verhältnis, das erst in späteren Jahren wieder freundschaftlichen Beziehungen Platz machte.

[3]) Es waren der Fürst von Wied-Neuwied, der Graf von Erbach-Erbach, der Landgraf von Fürstenberg. Ihre Anrede, die Antwort des Kaisers und die Bittschrift s. bei Klüber I, 2, 37 ff. Den 7. December thaten viele andere mediatisirte gräfliche und fürstliche Häuser einen ähnlichen Schritt. Die betreffende Note, worin auch sie ihre Souveränetätsrechte betonten, abgefaßt von ihrem Bevollmächtigten von Gärtner, unterschied sich jedoch

von Fürstenberg das Wort führte, auf ihre Bitte um Erneuerung der Kaiserwürde und Schutz ihrer angeborenen Rechte, erwiedert: „Ich bin schon von mehreren Seiten angegangen worden, die deutsche Krone wieder anzunehmen und es ist auch mein Wunsch, wenn dessen Erfüllung sich mit dem Interesse meiner eigenen Länder vereinigen läßt." Und der Schluß seiner Antwort hatte gelautet: „Ich weiß nun, was die Deutschen für ein gutes und braves Volk sind und Sie können darauf zählen, daß ich Ihr gerechtes und billiges Verlangen, so viel an mir liegt, unterstützen werde." Dieser Bescheid mochte auf die Faßung des Schlußes der Declaration nicht ohne Einfluß geblieben sein. An ein Uebertragen der Kaiserwürde auf Preußen dachte damals in einflußreichen Kreisen Niemand. Nur der schaumburg-lippesche und waldecksche Bevollmächtigte, Herr von Berg, soll für diesen Plan thätig gewesen sein![1]) Man wußte, daß Preußen die Wiederherstellung der Würde nicht wollte. „Es wollte sie nicht, sagt Gagern ganz richtig, als Hilfsmittel und Gewicht in Oestreichs Hand —— ohne Aequivalent für sich selbst. Und es wollte sie nicht als ein bloßes Nichts. Man hatte zu viel Verstand, um solche Nichtigkeit, solche permanente Rolle des Ungehorsams, den steten Widerspruch angelobter Heeresfolge und willkührlicher Abberufung — kurz die lange Agonie von Kaiser und Reich noch zu verlängern."[2]) Auch scheint es in der That, als ob Stein sich für das Kaiserprojekt, das seinen mit Hardenberg getroffenen Vereinbarungen so sehr widersprach, erst allmählich erwärmt habe, denn wir hören anfänglich nichts von Schritten,

---

dadurch von der Fürstenbergschen Anrede und Bittschrift, daß sie nicht an den Kaiser Franz, sondern an die Bevollmächtigten Oesterreichs, Preußens und Hannovers gerichtet war und das gewünschte constitutionelle Oberhaupt nicht geradezu nannte. Klüber I, 2, 53 ff.

[1]) Schaumann S. 211.

[2]) Antheil II, 197.

die er zu seiner Realisirung gethan hätte.[1]) Freilich traten bald nach der Ueberreichung der Declaration andere und größere politische Fragen derart auf dem Congresse in den Vordergrund, daß die Behandlung der deutschen Verfaßungsangelegenheit einstweilen ganz bei Seite geschoben und erst nach Abwickelung dieser Fragen von europäischem Interesse, zwei Monate später, wieder aufgenommen wurde. Das Schicksal Sachsens und Polens nahm vorerst die Aufmerksamkeit der Großmächte vorwiegend in Anspruch. Welchen hervorragenden Antheil Stein an den Verhandlungen über diese beiden Länder nahm, ist hinlänglich bekannt. Seine eifrigen Bemühungen, ganz Sachsen dem preußischen Staate zuzuwenden, waren nicht von Erfolg gekrönt. Statt eines geschloßenen Staatsgebietes erhielt Preußen durch den Neid seiner Alliirten „das langgestreckte Kleid, wie es Ludwig Börne nennt,[2]) worin es sich nur mühsam bewegen konnte, Grenzen, die ihm, wie ein weites Gewand, um die Glieder schlotterten." Seine Gegner dachten es dadurch ohnmächtig zu machen. Daß sie gerade das Gegentheil bewirkten, hat die Geschichte der letzten Jahrzehnte bewiesen.

Für das Schicksal des Kaiserprojekts aber waren jene Territorialstreitigkeiten geradezu entscheidend. Der Antagonismus der beiden deutschen Großmächte hatte sich durch sie bis zu einem Grade gesteigert, daß nun an eine Unterordnung Preußens unter einen habsburgischen Kaiser erst recht nicht mehr zu denken war. Es war wahrlich nicht die Schuld des österreichischen Cabinets, wenn die Kämpfer für Europas Befreiung nicht das Schwert gegeneinander kehrten, wie es nach dem geheimen Bündnis beabsichtigt war, das am 3. Januar 1815 England, Oesterreich und — Frankreich gegen Preußen und Rußland abgeschloßen hatten.[3]) Wenn

[1]) Den sonstigen Stand der deutschen Frage setzte er im Januar 1815 in den beiden bei Pertz IV, Beilage 26 und 28 mitgetheilten Memoires den russischen Vertretern ausführlich auseinander.

[2]) Schüchterne Bemerkungen über Preußen und Oesterreich. 1818.

[3]) Eine vorzügliche Darstellung dieser Vorgänge, worin namentlich der Thätigkeit Talleyrands besondere Beachtung geschenkt ist, findet sich bei Th. von

nun auch der drohende Sturm sich, namentlich durch Englands Zurückweichen, verzog, so war doch die preußische Politik jetzt noch mehr als zuvor darauf angewiesen, an Rußland eine Stütze zu suchen. Andererseits mußte Rußland daran gelegen sein, die zwischen Preußen und Oesterreich schon bestehende Kluft zu erhalten und wo möglich zu vergrößern, um einer Coalition der Großmächte gegenüber nicht isolirt dazustehen. Nur so läßt sich der Eifer erklären, mit dem das russische Cabinet im Februar 1815 auf Steins Betrieb in der Kaiserfrage vorgieng, deren Wiederanregung den beiden deutschen Großmächten von Neuem ihren Gegensatz zum Bewußtsein bringen mußte. Während nämlich im Beginn jenes Monats sowohl Preußen durch Wilhelm von Humboldt als auch Oesterreich durch seinen zweiten Bevollmächtigten Wessenberg neue Entwürfe zur Bundesverfaßung den Abgeordneten sämmtlicher deutscher Staaten vorlegten, unter welchen die 32 standhaft an der Erneuerung der Kaiserwürde festhielten, rief Stein, durch den seitherigen Gang des Congresses von Mistrauen gegen die deutsche Politik des Wiener und Berliner Hofes erfüllt, von Neuem Alexanders Vermittlung an. Zunächst wandte er sich an den russischen Minister, Grafen Kapodistrias, und suchte diesen für die Forderung der Kleinstaaten zu interessiren. Der geistreiche Grieche, der sich in kurzer Zeit das vollständigste Vertrauen des Czaren zu erwerben gewußt hatte, fand in den Bestrebungen des deutschen Freiherrn sympathische Anklänge an seine eigenen. Wie Stein die politische Wiedergeburt eines edlen Volkes zu seiner Aufgabe gemacht hatte, so auch er. All sein Dichten und Trachten gieng von Jugend an auf die Befreiung seiner unglücklichen Nation vom türkischen Joche. Dafür war er in seiner Heimath Korfu thätig gewesen, dafür wirkte er, als er, in russische Dienste getreten, rasch eine Stufe der Ehren nach der anderen erklommen und zu Wien mit Nesselrode die erste der damaligen Großmächte zu ver-

---

Bernhardi, Geschichte Rußlands u. s. w. I, 62 ff. Vgl. dazu auch M. Duncker in den Preuß. Jahrbüchern XII, 521 ff.

treten hatte. Dort stiftete er die Gesellschaft der Philomusen, jenen nachher unter dem Namen der Hetairie so berühmt gewordenen Bund von Griechen und Griechenfreunden, der bei seinem Streben nach sittlicher Veredlung des Hellenenvolkes zugleich im Geheimen dessen Erhebung gegen die Unterdrücker vorbereitete. Rußland so mächtig als möglich zu machen, ihm Allianzen für die Zukunft zu sichern, war zu jener Zeit das hauptsächlichste Ziel seiner Staatskunst. Denn von dem glaubensverwandten Rußland hoffte er die Verwirklichung der Pläne Peters des Großen zum Sturz der Osmanenherrschaft in Europa.[1]) Dies sein hellenisch-russisches Interesse überwog natürlich bei weitem die Sympathien, welche er für eine, gleich der seinigen, um die Cultur der Menschheit hochverdiente Nation und insbesondere ihren ritterlichen Vertreter empfand. Demgemäß diente ihm das Ansuchen Steins, bei seinem Souverän für die Kaiseridee einzutreten, als ein willkommenes Mittel zum Zweck. Es war ihm klar, daß eine scheinbare Begünstigung Oesterreichs in der Kaiserfrage von Seiten des russischen Cabinets nur zur Vermehrung der Spannung zwischen den beiden deutschen Großmächten führen würde, und wenn, wie zu erwarten stand, das Steinsche Projekt an Preußens Widerstand Schiffbruch gelitten hatte, war diese Macht so isolirt in Deutschland, als ihr nordischer Nachbar es nur für seine Pläne wünschen konnte.[2]) Ehrlich waren also Kapodistrias Motive zur Unterstützung Steins und der Kleinstaaten nicht, aber jedenfalls diplomatisch. Wieder zeigt sich demnach hier, was wir schon mehrmals zu beobachten Gelegenheit hatten, daß Stein für die sogenannte hohe Politik nicht geschaffen war. Ihren Winkelzügen zu folgen vermochte seine „überall ohne jegliche Rücksicht auf die Sache gewandte Natur von schwerem und großem Style“[3]) nicht. Mag nun auch der gegen ihn erhobene Vorwurf der Unreife des politischen Denkens in der Kaiserfrage[4])

[1]) K. Mendelssohn-Bartholdy: Graf Johann Kapodistrias S. 20.

[2]) Bernhardi, Geschichte Rußlands u. s. w. I, 156 f.

[3]) H. v. Sybel, Kleine histor. Schriften I, 288.

[4]) W. Maurenbrecher in den Preuß. Jahrbüchern XXVII, 57 f.

nicht ohne Grund sein, der Bewunderung seiner Persönlichkeit wird er niemals Eintrag thun. Die Nation hat die Reinheit seiner Beweggründe nie verkannt, Stein selbst ist durch bittere Erfahrung belehrt worden, wie sehr er geirrt hatte.[1]) Doch kehren wir zur Betrachtung der Schritte zurück, die Kapodistrias auf seine Anregung that.

Nach mehreren mit Stein gepflogenen Conferenzen verfaßte der russische Minister eine Denkschrift für den Kaiser Alexander, welche unter dem Namen der „Considérations sur l'Empire Germanique" bekannt geworden ist.[2]) Sie ward von ihm den 9. Februar seinem Gebieter vorgetragen. Es war darin zunächst der politischen Wichtigkeit Deutschlands seiner Lage und des Charakters seiner Bevölkerung wegen gedacht, wobei für die deutsche Nation verschiedene schmeichelhafte Beiworte abfielen. Denn sie wird unter Anderem „parmi les nations modernes la plus éclairée, la plus meditative" genannt. Nach Betonung der Nothwendigkeit im eigenen Interesse Deutschlands und dem Europas (d. h. Rußlands) unserem Vaterlande eine Verfaßung zu geben, kommt der Graf zu der Frage, ob diese Verfaßung so einzurichten sei, daß sie die deutschen Stämme zu einem wohlorganisirten Ganzen vereinige oder ob es räthlich erscheine, den seitherigen Zustand der Dinge in Deutschland zu belaßen, in dem der Keim zu immer neuen Veränderungen liege. Bleibe die Leitung der deutschen Angelegenheiten den fünf Mächten der ehemaligen Commission überlaßen, so würden Streitigkeiten unter diesen nicht ausbleiben. Frankreich werde diese Gelegenheit gern ergreifen, durch seine Einmischung wieder Einfluß in Mitteleuropa zu erlangen und sich mit Oesterreich gegen den Norden Deutschlands verbinden. Rußland könne dann auch nicht neutral bleiben, sondern sei genöthigt Partei zu nehmen. „Il paroit donc, fährt das Memoire fort, que le

---

[1]) Man lese namentlich den Schluß des Postscriptums zu dem Briefe an Eichhorn vom 3. Januar 1818 bei Pertz V, 857.

[2]) Bei Pertz IV, Beilage 33.

pacte fédéral, qu' on projète, est non seulement contraire au repos et à l'indépendance de l'Allemagne, mais aussi il s'oppose à l'affermissement d'un véritable équilibre et de rapports stables entre les Etats Européens.“ Frankreich muß jede Möglichkeit, sich mit Oesterreich zu verbinden, entzogen werden. Deshalb ist es nöthig, Oesterreich an die Interessen Deutschlands zu fesseln, indem man seinen Kaiser zum Haupt des deutschen Bundesstaates, sei es zum erblichen, sei es zum wählbaren, macht. „Par là l'indépendance de l'Allemagne est garantie, et celle de l'Europe n'aura plus à redouter une alliance entre la France et l'Autriche.“ Preußen — und das ist nicht der letzte Gesichtspunkt bei dieser Beweisführung — „renfermée dans les justes limites de sa grandeur actuelle“ wird als Mitglied des neuen deutschen Reiches *seine politischen Beziehungen zu den Nordmächten unverändert beibehalten* (que la Prusse — participant à cette confédération, conserveroit sans altération ses rapports politiques avec les puissances du Nord.) Zugleich könne dann der Kaiser von Oesterreich, als Träger der alten römisch-deutschen Kaiserkrone, zur Begründung einer nationalen Existenz *Italiens* beitragen, indem er aus seiner dortigen bedeutenden Besitzungen eine Secundogenitur seines Hauses errichte. Schließlich folgt noch die Versicherung, daß die deutsche Kaiserwürde Oesterreich keine „prépondérance aggressive où menaçante“ sondern nur „conservatrice et passive“ verleihe. Es frage sich nur, ob Oesterreich diesen Vorschlägen zustimmen werde, ob man im Falle seiner Weigerung darauf beharren oder sich das Recht vorbehalten solle in der Zukunft auf diese Combination, sei es nun mit Oesterreich *oder mit Preußen*, zurückzukommen.

Der Czar war diesem Vortrage mit Aufmerksamkeit gefolgt. Seine nächste Frage aber war, was Stein von diesen Ansichten halte. Als ihm darauf Kapodistrias entgegnet hatte, daß er gleicher Meinung sei, nach seinem Ermessen aber zur Durchführung dieser Vorschläge in erster Linie eine Verständigung mit Preußen erforderlich scheine, so befahl ihm Alexander, diese anzubahnen.

Kapodistrias und Stein hatten daher am 11. Februar eine Conferenz mit Hardenberg.[1]) Der preußische Minister scheint von der Interpellation der beiden Staatsmänner überrascht worden zu sein, denn anstatt triftige Gründe gegen das Projekt vorzubringen, wie sie später von seinem Mitbevollmächtigten W. v. Humboldt geltend gemacht wurden, suchte er seinen Widerwillen dagegen auf die Geistlosigkeit der österreichischen Dynastie und Regierung zu begründen. Stein aber erwiederte ihm treffend, diese Unvollkommenheiten seien vorübergehend, hier komme es auf Verfaßungseinrichtungen an. Die Befugnisse des Kaisers darzulegen, behielt er sich für eine besondere Denkschrift vor. Ihre sofortige Ausarbeitung übertrug er nach der Conferenz dem Grafen Solms-Laubach, den wir schon an der Frankfurter Besprechung hatten Theil nehmen sehen. Schon den 12. hatte er auch eine Unterredung mit Metternich, und dieser zeigte sich, entgegen seinen früheren Aeußerungen, nunmehr der Uebertragung der Kaiserwürde an Oesterreich nicht abgeneigt, versprach auch mit dem Grafen Solms und dem Freiherrn von Plessen, dem einflußreichsten der kleinstaatlichen Gesandten, sich deshalb ins Benehmen zu setzen.

Diese Meinungsänderung des österreichischen Staatskanzlers dürfte indessen schwerlich mit der bei Gelegenheit der standesherrlichen Adresse hervorgetretenen Geneigtheit des Kaisers Franz zur Wiederannahme der deutschen Krone in Verbindung zu bringen sein. Für Metternich, dem bekannter Maßen Deutschlands Wohlergehen höchst gleichgültig war, kam in der That im damaligen Momente das Kaiserprojekt ganz erwünscht. Seit November hatte sich die Situation wesentlich geändert. Das vorher so gefügige Preußen hatte der österreichischen Politik in wichtigen Fragen die

---

[1]) Pertz IV, 322. Die heftige Erbitterung gegen Hardenberg, die in Steins späterem Leben sehr oft hervortritt, war damals noch nicht vorhanden, wenn wir dem Hardenberg sehr gewogenen Varnhagen von Ense, Denkwürdigkeiten des eigenen Lebens III, 242 gegenüber den Angaben Gagerns Glauben schenken dürfen.

heftigste Opposition gemacht und wenn es auch, Dank den guten Diensten Talleyrands und Castlereaghs, gelungen war, dasselbe zu einer Reduction seiner Ansprüche zu bewegen, so unterschätzte man doch die zukünftige Gefahr seiner Nebenbuhlerschaft an den deutschen Höfen keineswegs. Zudem suchte man auch nach einer Stütze gegen die Ansprüche Baierns, das alle Miene machte, Preußens Rolle im Süden zu übernehmen und wegen seiner Vergrößerungsgelüste gerade damals der Gegenstand der heftigsten Angriffe Steins war.[1]) So mußte eine engere Verbindung mit Deutschland jetzt weit mehr als früher in Metternichs Planen liegen. Es kam ihm dabei nicht darauf an, ob das Bindemittel, die neue Kaiserwürde, mit wirklichen Machtbefugnissen ausgestattet sei; sie sollte lediglich als eine unter Umständen recht brauchbare politische Handhabe für die Politik des Wiener Cabinets dienen.

Stein war voll der besten Hoffnungen. Nachdem er vom Grafen Solms das für den österreichischen und preußischen Hof bestimmte Memorandum schon nach zwei Tagen erhalten hatte, suchte er auch persönlich auf Alexander zu wirken. In einer Audienz, die er den 17. Februar bei diesem hatte, trug er eine Denkschrift[2]) über die Wiederherstellung der Kaiserwürde vor, worin er die Argumente des Grafen Kapodistrias für schlagend erklärte und weiter ausführte, außerdem aber zu dem sonderbaren Resultat kam, daß *Preußens nahe Verbindung mit Deutschland sich schon von selbst ergebe*, Oesterreich dagegen, „das durch seine geographische Lage zur Seite Deutschlands geschoben werde, dessen Theilnahme an Deutschland stets dem, was ihm augenblicklich passe, untergeordnet sein werde"[3]) das ein geringeres Interesse an Deutschland habe als Preußen, *durch ein verfaßungsmäßiges Band mit dem übrigen Deutschland verbunden werden müße, um die-*

[1]) Pertz IV, 323 ff.

[2]) Pertz IV, 329 ff., der Text in Beilage 36 desselben Bandes.

[3]) «l'interet, qu'elle prendra à l'Allemagne sera toujours subordonné à ses convenances momentanées.»

sem nicht entfremdet zu werden. Ein solches Band erblickte Stein in der in Oesterreichs Regentenhause erblichen Würde eines deutschen Kaisers. An diese eigenthümliche Begründung schloß sich eine Auseinandersetzung der Machtbefugnisse, die der Kaiser besitzen sollte. Hier läßt sich an mehreren Punkten der Einfluß des Solmsischen Berichts[1]) nicht verkennen. Der Kaiser sollte mit dem Bundestage das Recht der Gesetzgebung, der Kriegserklärung und des Friedensschlußes theilen, das Antragsrecht besitzen, die Beschlüße des Bundestags sanctioniren. Er ernennt den Präsidenten des obersten Gerichtshofes, während dessen Mitglieder durch den Bundestag bestellt werden; er läßt die Urtheile vollstrecken. In Kriegszeiten hat er die Leitung der Kriegsmacht des Reichs gemeinsam mit drei Fürsten, von welchen einer stets der König von Preußen ist, die beiden andern werden vom Bundestag erwählt. Mit diesen drei Fürsten liegt auch dem Kaiser ob die Handhabung des Reglements für die militärische Organisation, die Heeresformation, die Inspection und Unterhaltung der festen Plätze u. s. w. In den freien Städten hat der Kaiser das Recht der Rekrutirung und der Werbung solcher Unterthanen der Fürsten, die ihren militärischen Verpflichtungen gegen diese nachgekommen sind. Die Ehrenrechte des Kaisers bestehen im Kaisertitel, seiner Eigenschaft als erblichem Oberhaupte des Bundes, in der Ausübung der Gesetzgebung und Rechtsprechung in seinem Namen; er stellt die Accreditive der vom Bundestage zu Unterhandlungen mit auswärtigen Mächten ernannten Gesandten aus. Sein eigener Bevollmächtigter beim Bundestage hat den Rang eines kaiserlichen Commissarius.

„Alexander, so berichtet Pertz,[2]) wohl nach Steins persönlichen Mittheilungen, hatte diesen Ausführungen mit Theilnahme zugehört und sah lebhaft die Nothwendigkeit des Vorschlags ein. Er äußerte seinen Entschluß, auf dessen Verwirklichung hinzuwirken,

[1]) Pertz IV, Beilage 35.

[2]) IV, 333.

sobald er der Zustimmung des Königs von Preußen gewiß sei. Stein bemerkte ihm, der Staatskanzler Hardenberg scheine nicht geneigt, hingegen habe General Knesebeck ganz beigestimmt." Den folgenden Tag (18. Februar.) las er seine Denkschrift auch Alexanders Ministern Rasumofsky und Kapodistrias vor und theilte sie Hardenberg mit.

Man begreift wirklich nicht, wie ein Mann von Steins Verstandesschärfe sich für ein solches Projekt ereifern, wie er von solchen Vorschlägen Heil für das Vaterland erwarten konnte. Mag auch die Aussicht, für den Fall der Annahme des Planes Vertreter des Kaisers bei der Bundesversammlung zu werden und in dieser Stellung für den Ausbau der neuen Reichsverfaßung kräftigst wirken zu können, nicht ohne Einfluß auf sein Vorgehen gewesen sein,[1]) bei ruhigerer Ueberlegung konnte er seine Persönlichkeit doch auch nur als „vorübergehend" betrachten und wer bot ihm eine Garantie für spätere Zeiten? Oesterreich sollte durch die Kaiserkrone in die Verbindung mit Deutschland hineingezwängt werden, nicht um dieſem, sondern um sich wesentliche Vortheile zu gewähren. Das hieß das alte System der Habsburger, der Ausbeutung Deutschlands für ihr Hausinteresse, verewigen. Zu diesen, man muß es geradezu sagen, eines Stein unwürdigen Ideen, bildete die Definirung der kaiserlichen Rechte einen entsprechenden Schluß. Glaubte Stein wirklich, daß der Schattenkaiser, den er da construirt hatte, zur Befestigung der Einheit des Vaterlandes dienen könne? Oder daß dem österreichischen Monarchen die politischen Vortheile der Kaiserwürde so überwiegend erschienen, daß er sich ihrethalben zu einer so kläglichen Rolle hergeben würde? Wir möchten Beides bezweifeln. Stein hatte in seiner täglich zunehmenden Misstimmung über die Behandlung der deutschen Frage die Kaiseridee, die, wie wir sahen, gar nicht ihm, sondern Gagern und einer Anzahl kleinstaatlicher Minister ihr neues Auftauchen verdankte, zu der seinigen gemacht, war durch die Intriguen der

[1]) Pertz IV, 388.

russischen und österreichischen Politik in seinem Vorgehen bestärkt worden und hatte sich nun, wie man zu sagen pflegt, festgerannt.[1]) Das für seinen Stolz schmerzliche Bewußtsein, freiwillig den Rückzug antreten zu müßen, ward ihm durch die Erklärungen erspart, welche die beiden deutschen Großmächte wenige Tage nach jenem Vortrage bei Alexander abgaben. Den 20. Februar ließ Fürst Metternich in einer Unterredung mit dem Grafen Solms schon nichts mehr von der Geneigtheit Oesterreichs zur Annahme der deutschen Krone erkennen, die er acht Tage vorher in der Besprechung mit Stein an den Tag gelegt hatte. Er äußerte nunmehr, er könne weder dazu rathen noch abrathen, in Norddeutschland seien die kleineren Fürsten dafür aber Preußen dagegen. Mit dieser Macht werde Oesterreich im Falle der Annahme in Conflict kommen. Ohnehin, setzte er hinzu, und ließ damit die Gründe deutlich durchschimmern, aus welchen er allenfalls für Oesterreich die Kaiserkrone gewünscht hatte, sei im Norden schon durch das neugeschaffene Königreich der Niederlande ein Gegengewicht vorhanden. Im Süden hindere Baiern jede ernstliche Ausübung der Kaisergewalt, außerdem scheine dort viel weniger

---

[1]) So faßt, unserer Ansicht nach, ganz richtig v. Bernhardi, Gesch. Rußlands I, 154 diese letzten Schritte Steins auf. Const. Rößler in der „Zeitschrift für preuß. Geschichte und Landeskunde" IX, 79 meint: „Die Erklärung für diese befremdlichen Ideen Steins liegt wohl in einer bekannten brieflichen Aeußerung desselben, worin er seine Bewunderung über die unerschöpfliche Nachhaltigkeit ausspricht, die Oesterreich in den wiederholten Kämpfen mit Napoleon bewiesen habe. (Rößler meint damit wohl den Brief an Kaiser Franz, bei Pertz IV, 448). Stein scheint neben untergeordneten Eindrücken von dem Gedanken befangen worden zu sein, daß man eine solche unerschöpfliche Kraft nicht von Deutschland abwenden lassen dürfe, dem er sammt Preußen offenbar eine geringe Fähigkeit der Selbsterhaltung zutraute. Er wußte den siebenjährigen Krieg und das Jahr 1813 als Maßzeichen der inneren Volkskraft nicht genügend zu schätzen." Wir glauben in unserer Darstellung Steins Motive zur Abfaßung der merkwürdigen Denkschrift weit natürlicher aus dem Gang der Begebenheiten erklärt zu haben. Ueber den Vorwurf, den ihm Rößler in Betreff seiner Anschauungen über Preußen macht vgl. den Excurs.

als im Norden der Wunsch nach einer Verfaßung zu herrschen (d. h. natürlich bei den Fürsten.).

Die Ansicht Metternichs war jedoch im österreichischen Cabinet keineswegs die allgemeine. Denn der zweite Bevollmächtigte desselben, Freiherr von Wessenberg, erklärte gerade in diesen Tagen dem Freiherrn von Plessen, seiner Meinung nach sei die Annahme der Kaiserwürde rathsam für Oesterreich. An dieser Ueberzeugung hielt er auch, als die Frage längst durch Preußens Widerspruch entschieden war, noch immer fest.[1]) Aber auch Kaiser Franz hatte unterdessen eine neue Schwenkung gemacht. Wahrscheinlich wenig erbaut von den Prärogativen, die Stein und seine Freunde der neuerstandenen Krone einräumen wollten, vielleicht auch von der Weigerung des Berliner Hofes überzeugt, dazu unter dem Einfluße einer specifisch österreichischen Feudalpartei, an deren Spitze die Grafen Zichy und Ugarte traten,[2]) erklärte er im Widerspruch mit den Zusicherungen, die er im October 1814 der Deputation der Standesherren gemacht hatte, nun dem Fürsten von Nassau-Weilburg seine entschiedene Abneigung gegen die Würde. Kurz darauf erfolgte auch eine officielle Antwort Preußens auf die Steinsche Denkschrift. Ihr Verfaßer war Wilhelm von Humboldt, unter den deutschen Staatsmännern des Congresses neben Stein sicher der hervorragendste. Sein berühmtes vielbesprochenes Memoire, „sur le rétablissement de la dignité Imperiale en Allemagne“ vom 24. Februar[3]) unterschied sich gleich von vorneherein dadurch vortheilhaft von den Einwänden, die Hardenberg bis dahin und später gegen ein habsburgisches Kaiserthum vorbrachte, daß darin das deutsche und nicht das preußische Interesse in den Vordergrund gestellt wurde. Es nannte die Idee Steins

[1]) Pertz IV, 375.

[2]) Pertz a. a. O.

[3]) An diesem Tage erhielt es Stein zum Lesen. Pertz IV, 335. Den Vertretern der Mächte scheint es erst den 3. März überreicht worden zu sein, an welchem Tage Stein Abschrift davon empfieng. Pertz IV, 344. Text ebendas. Beilage 39.

„spécieuse en théorie“ aber unausführbar. Denn, so lautet gleich der erste Paragraph, es ist unmöglich, einem deutschen Kaiser die erforderliche Macht zu geben. Preußen kann sich dem nicht unterwerfen, Baiern und die anderen mächtigeren Fürsten werden es nicht wollen. Ohne diese Macht aber werde der Kaiser keinen hinlänglichen Vortheil von seiner Würde haben oder er werde stets das Interesse seiner Staaten dem Deutschlands vorziehen, was für dieses und die fremden Mächte gefährlich sei. Diese Gefahr erscheine am größten, wenn man die Krone Oesterreich übertrage. Denn dieser Staat habe durch seine jüngste Arrondirung alle früheren Beziehungen zum Westen Deutschlands verloren. Und selbst als er diese durch eigene Besitzungen und seinen Einfluß auf die geistlichen Fürsten noch gehabt habe, sei von ihm stets der Vortheil Deutschlands dem seiner Erblande untergeordnet worden. Man denke nur an den Frieden von Campoformio. Jetzt, wo durch die neue Ländervertheilung Oesterreichs politische Interessen im Osten Europas und in Italien lägen, sei die Gefahr einer Dienstbarmachung der deutschen Staaten zu seinen Sonderzwecken noch mehr als zuvor vorhanden. Feindseligkeiten zwischen Oesterreich und Preußen, ein Vasallenverhältnis der Kleinstaaten zum Kaiser, wie seiner Zeit im Rheinbunde zu Frankreich, würden die Folge sein. Dies widerspreche jedoch den Bestimmungen des Pariser Friedens. Die fremden Mächte hätten aber ein offenbares Interesse daran, den Artikel VI desselben aufrecht zu erhalten, wonach Deutschland einen Bund von unabhängigen Staaten bilden sollte. Denn obschon diese Bestimmung nicht dem Wortlaute nach die Wiederherstellung der Kaiserwürde ausschließe (wie seiner Zeit Münster der Declaration der 31 gegenüber behauptet hatte[2]) so wiße man doch allgemein, daß dieser Ausschluß in der Absicht

[1]) Les puissances étrangères ont un intérêt evident de maintenir la disposition du traité de Paris, qui veut, que l'Allemagne soit une ligue d'Etats indépendants.

[2]) Klüber I, 1, 85.

der Contrahirenden gelegen habe.[1]) Die Vortheile, welche ein Bund ohne Haupt gegenüber einer Kaisergewalt gewähre, wie sie unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen der deutschen Staaten überhaupt möglich sei, werden nun ausführlich auseinandergesetzt. Darunter scheint uns heute im Munde eines preußischen Staatsmannes besonders der Satz auffallend, daß ein Föderativsystem seinen Mitgliedern die Möglichkeit gebe, der großen Politik fern zu bleiben und sich an andere benachbarte Mächte anzuschließen oder Neutralität zu behaupten.[2]) Schließlich spricht Humboldt die Hoffnung aus, daß eine leicht zu verbeßernde Bundesverfaßung mehr dem Geiste unserer aufgeklärten und vorwärts strebenden Nation entsprechen werde, als ein Kaiserthum, dessen stabile Politik mit dem Volksgeiste wahrscheinlich bald genug in Widerspruch gerathen werde. Die Ruhe und Sicherheit Deutschlands und ihr Einfluß auf das europäische Gleichgewicht hänge stets von der Eintracht zwischen Preußen und Oesterreich ab. Deshalb müße bei der Gründung einer deutschen Verfaßung Alles vermieden werden, was Uneinigkeit zwischen diesen beiden Mächten erregen könnte und diese Verfaßung außerdem so gestaltet werden, daß selbst für den unglücklichen Fall eines Krieges zwischen denselben die Wirkung für Deutschland und Europa weniger fühlbar werde. Die Kaiserwürde aber erzeuge schon durch ihre Existenz ein feindseliges Verhältnis zwischen Oesterreich und Preußen und zwinge Deutschland im Falle eines Kampfes zwischen diesen beiden Mächten sich entweder auf die Seite Oesterreichs zu stellen oder die Verfaßung zu brechen. Ein Bund dagegen mache die Beziehungen beider Großstaaten zueinander möglichst sanft und ungefährlich. Sollte nichtsdestoweniger ein Krieg zwischen ihnen entstehen, so könne ja Deutschland unter dem Schutze Baierns, der anderen Mittelstaaten und der fremden Mächte eine verfaßungsmäßige Neutralität beobachten. Sollte es aber dennoch in den Kampf hineingerißen werden, so würden sich seine Fürsten

[1]) Nous savons tous, que cette exclusion étoit dans l'intention des parties contractantes.

[2]) § 8 des Memoires.

wahrscheinlich zwischen beiden Kämpfern theilen und deren Gewicht dadurch für Europa weniger furchtbar sein.

Deutlicher konnte Preußen nicht sprechen, als es hier sein geistvollster Vertreter gethan hatte. Das Kaiserprojekt war damit thatsächlich gefallen, die Schritte, welche später noch zu seiner Verwirklichung geschahen, vollkommen nutzlos. Der größte Theil der Gründe, die Humboldt dagegen vorgebracht hatte, war ohne Zweifel durchaus treffend. Die Unmöglichkeit, dem Kaiser eine factische Macht zu verleihen, die Charakteristik der früheren und zukünftigen Sonderpolitik Oesterreichs, die Wichtigkeit der Harmonie Oesterreichs und Preußens für den Frieden Deutschlands und Europas waren mit überzeugender Klarheit dargestellt, die Unhaltbarkeit des ganzen Projekts unwiderleglich bewiesen. Um so mehr befremden, ja mit Trauer erfüllen muß es uns, wenn wir sehen, wie auch der preußische Staatsmann, nicht minder edel und deutschgesinnt als Stein, an das Interesse des Auslands und er sogar an das für die deutsche Zerrißenheit appelliren muß. In der Intention der Unterzeichner des Pariser Friedens lag es also nicht, daß Deutschland wieder eine einheitliche Spitze erhalte! Und was sollen wir zu dem achten Paragraphen sagen, worin Anarchie und die Möglichkeit von Bündnissen deutscher Fürsten mit dem Auslande unter den Vortheilen der Bundesverfaßung aufgezählt werden? Vollends einen großen Theil des Schlußparagraphen können wir heute mit ungläubigem Lächeln lesen. Im Falle eines Krieges zwischen Preußen und Oesterreich sollten Baiern, die übrigen Mittelstaaten und — die fremden Mächte die Schützer der Neutralität der Kleinen sein! Wie es an Lust zu dieser Rolle bei unserem westlichen Nachbar, selbstverständlich gegen die entsprechenden „Compensationen," nicht gefehlt hat, wie aber seine Anerbietungen und Interventionsgelüste an der Festigkeit eines deutschgesinnten Königs und seines großen Ministers scheiterten, darüber haben uns die diplomatischen Enthüllungen aus der Zeit des jüngsten Kampfes gegen Frankreich genügend aufgeklärt. Auch der Schlußgedanke Humboldts ist an die Adresse der fremden Mächte ge-

richtet. „Bei einer losen Bundesverfaßung werden, selbst für den Fall, daß die kleineren deutschen Staaten in den Kampf hineingezogen werden, diese sich zwischen den Kämpfenden theilen und so — hier drückt sich Humboldt nur diplomatischer aus — der Sieger nicht die erste Großmacht Europas werden!“[1])

Nachdem Stein die Denkschrift gelesen hatte, fügte Hardenberg noch einige persönliche Bemerkungen hinzu, die sich indessen an Gewicht mit den Humboldtschen nicht messen konnten. „Er könne, so ließ er sich vernehmen,[2]) als preußischer Minister nicht in eine Vermehrung der österreichischen Macht durch die Kaiserwürde einwilligen, auch Hannover werde dies nicht thun; Oesterreich habe ohnehin Neigung zu einer Coalition mit Baiern und Frankreich gegen Rußland, Preußen und England; er selbst werde in Berlin Alles gegen sich empören, wenn er Oesterreich einen solchen Einfluß einräume.“ Auf Steins Bitte um eine Abschrift des Humboldtschen Memoires versprach Hardenberg ihm eine solche, sobald er es seinem Könige vorgelegt haben werde, drang aber zugleich sehr in Stein, von seinem Projekte abzustehen, da es nur Veranlaßung zur Eifersucht zwischen Oesterreich und Preußen gebe.

Nach diesen Aeußerungen des österreichischen und preußischen Cabinets mußte Stein eigentlich seinen Versuch als gescheitert ansehen. Dennoch gab der Unermüdliche die Hoffnung noch nicht ganz auf. Noch denselben Tag hatte er eine Unterredung mit dem Herzog von Wellington, dem neuen Vertreter Englands, über die deutsche Frage und suchte auch diesen für die Wahl eines Bundesoberhauptes zu gewinnen, allein vergeblich. Der Herzog hielt unter den obwaltenden Verhältnissen, bei Oesterreichs und Preußens Weigerung, die Ernennung eines solchen Oberhauptes

[1]) Eine treffliche Analyse der Denkschrift findet sich bei R. Haym „Wilhelm v. Humboldt“ 339 ff. In O. Meyer's Vortrage „Der Freiherr vom Stein über deutsche Einheit und deutsches Kaiserthum“ Rostock 1871 ist S. 76 ihrer Wichtigkeit in der Kaiserfrage zu wenig gedacht.

[2]) Pertz IV, 338.

für unmöglich. Damit konnte man, um mit L. Häusser zu reden,[1]) die Sache als abgethan betrachten. Hardenberg, aufs Aengstlichste bemüht, Alles zu vermeiden, was zum Conflicte zwischen den beiden deutschen Großmächten führen konnte, verweigerte sogar die Auslieferung der Humboldtschen Denkschrift, obwohl er sie Stein versprochen hatte. Dies veranlaßte Stein durch Wilhelm von Humboldt, der ihm persönlich die Gründe dieser Weigerung mittheilte, den preußischen Staatskanzler ersuchen zu laßen, selbst dem Czaren seinen Widerspruch gegen das Kaiserprojekt begründen zu wollen. Bevor aber die betreffende Audienz stattfand, versuchte es Stein, trotz Allem, was vorhergegangen war, zum letzten Male brieflich Hardenberg umzustimmen. Er gieng in einem vom 27. Februar datirten Briefe[2]) so weit, das kaiserliche Ansehen noch in den Jahren 1805 und 1806 unmittelbar vor Auflösung des Reiches „eine wohlthätige, schützende Macht" den Uebergriffen Baierns und der Kleinstaaten gegenüber zu nennen und erklärte dann: „Die Aufstellung einer leitenden Einrichtung des Bundes, mag man ihr nun einen geschichtlichen Namen geben, der soviel Erinnerungen zurückruft, wie der des Kaisers oder einen anderen, einer mit Rechten ausgestatteten und mit bestimmter Verantwortlichkeit beladenen Einrichtung, ist so wesentlich, um einer Versammlung, wie der Bundestag, einen regelmäßigen fortschreitenden Gang zu ertheilen, daß ich die Abwesenheit einer solchen Einrichtung als einen Grund betrachte, wodurch der Bundestag von seiner Geburt an gelähmt sein wird." Zum Schluße kommt er nochmals auf die von Kapodistrias und ihm aufgestellte Behauptung von der Nothwendigkeit Oesterreich durch „Gründe des Vortheils und der Pflicht" an Deutschland zu knüpfen, zurück und ersucht den Staatskanzler in der Audienz bei Alexander darauf Rücksicht zu nehmen.

In der am 2. März stattfindenden Audienz erklärte sich jedoch, wie vorauszusehen war, Hardenberg gegen die Wiederher-

---

[1]) Deutsche Geschichte IV, 680.

[2]) Bei Pertz IV, 342 ff.

stellung der Kaiserwürde und damit war es mit Alexanders Interesse für diese Angelegenheit vorbei. Es konnte nun nichts mehr nützen, daß Stein sich aufs Heftigste gegen die Humboldtsche Denkschrift, die er zwei Tage nach der Audienz erhielt, aussprach. Er fühlte selbst, daß er jeden Rückhalt verloren habe und beschloß, über den Verlauf der deutschen Verfaßungsfrage aufs Höchste misgestimmt, den Congreß zu verlaßen. „Ich hoffe, schrieb er im Anfang März an seine Frau, am 15. abzureisen, und in meine Familie zurückzutreten, um sie nicht wieder zu verlassen — zu glücklich diese unbestimmten und schwankenden Verhältnisse zu verlassen, in denen ich mich seit 1812 befinde."[1]) Allein ein unerwartetes Ereignis hielt ihn, so gern er auch abreisen wollte, wie dies wiederholte briefliche Aeußerungen bekunden, noch über zwei Monate in Wien zurück. Napoleon hatte Elba verlaßen und war am 1. März an der Südküste Frankreichs gelandet. Rasch waren ihm Volk und Heer wieder zugefallen, der Riesenkampf gegen den Gewaltigen mußte von Neuem beginnen. Die Kunde von seiner Landung schien anfangs alle Angelegenheiten des Congresses ins Stocken bringen zu wollen. Doch bald faßte man sich, vergaß den inneren Zwist und einigte sich zum zweiten Male gegen den furchtbaren Feind. Während die Heere der Alliirten sich wiederum gegen Frankreich in Bewegung setzten, ward endlich die Berathung der deutschen Verfaßung ernstlich in Angriff genommen. Nochmals versuchten die Kleinstaaten eine zustimmende Erklärung der deutschen Großmächte über die Erneuerung des Kaiserthums zu erlangen, selbstverständlich ohne Erfolg. An diesem Schritte, sowie an den nun folgenden Verhandlungen, die schließlich den 8. Juni zur Unterzeichnung der Bundesacte führten, nahm Stein nicht mehr Theil. Er sah seine Rolle in der deutschen Frage als ausgespielt an. Den 28. Mai verließ er Wien. Seine Erwartungen von der neuen Verfaßung Deutschlands waren gering, die Wirklichkeit blieb noch hinter diesen Erwartungen zurück. Hören

[1]) Pertz IV, 346.

wir noch sein Urtheil über jenen Vertrag, der 51 Jahre lang die deutschen Stämme verband, aus einer Denkschrift, die er den 24. Juni 1815 dem russischen Cabinet zu Frankfurt übergab.[1]) Darin sagt er: „Jeder Mann, der sein Vaterland liebt und dessen Glück und Ruhm wünscht, ist berufen, zu untersuchen, ob der Inhalt dieser Urkunde entspricht der Erwartung der Nation, der Größe ihrer Anstrengungen, ihrer Leiden, der Thatkraft und Beschaffenheit des Geistes, der sie jene zu machen und diese zu ertragen in Stand setzte? ob sie in dieser Urkunde die Gewähr ihrer bürgerlichen und politischen Freiheit findet? ob die dadurch geschaffenen Einrichtungen dem durch die verbündeten Herrscher in ihren Bekanntmachungen verkündeten Zweck des Krieges entsprechen, und den Grundsätzen gemäß sind, welche der Kaiser (Alexander) in seinem politischen Betragen gegenüber den fremden Völkern, der Schweiz ꝛc. bekundet hat." Und ferner nach einem Rückblick auf des Czaren nicht erfüllte Versprechungen: „Unsere neuen Gesetzgeber haben an die Stelle des alten deutschen Reiches mit einem Haupte, gesetzgebender Versammlung, Gerichtehöfen, einer inneren Einrichtung, die ein Ganzes bildete — einen Deutschen Bund gesetzt, ohne Haupt, ohne Gerichtshöfe, schwach verbunden für die gemeine Vertheidigung. Die Rechte der Einzelnen sind durch nichts gesichert als die unbestimmte Erklärung, „daß es Landstände geben solle"; ohne daß Etwas über deren Befugnisse festgestellt ist (Art. 13) und durch eine Reihe Grundsätze (Art. 18) über die Rechte jedes Deutschen, worunter man die Habeas Corpus, die Abschaffung der Leibeigenschaft ausgelassen hat, und welche durch keine schützende Einrichtung verbürgt werden."

Die ihm ein halbes Jahr später von Oesterreich angebotene Präsidentenstelle bei dem Bundestage lehnte er ab, ebenso den ihm von Preußen angetragenen Gesandtschaftsposten, letzteren ebenso sehr in dem Bewußtsein, unter den obwaltenden Verhältnissen dem

---

[1]) Bei Pertz IV, 444 ff.

Vaterlande in dieser Stellung nichts nützen zu können,[1]) als aus Antipathie gegen Hardenberg, gegen den er seit seinem Auftreten zu Wien und in den Verhandlungen, welche dem zweiten Pariser Frieden vorhergiengen, die größte Verachtung hegte. Zu untersuchen, ob sie eine ganz gerechtfertigte war, ist hier nicht der Ort. Ohne uns zum Lobredner Hardenbergs machen zu wollen, glauben wir doch mit Sicherheit behaupten zu können, daß kein Historiker, dessen oberster Grundsatz die Wahrheit ist, den Platz, welchen dieser Staatsmann in der Geschichte einzunehmen hat, lediglich nach den Aeußerungen seines großen Gegners bestimmen wird.

Nach der zweiten Rückkehr aus Paris im Herbste 1815, wo auch sein Versuch, für Deutschland eine beßere Westgrenze zu erlangen, scheiterte, kehrte Stein ins Privatleben zurück, das er nun, seine nur periodische Thätigkeit als westphälischer Landtagsmarschall von 1826 an abgerechnet, nicht mehr verließ. Trotz seiner „betrogenen Hoffnungen von einem nahen besseren Zustande Deutschlands“[2]) erkaltete nie seine warme Theilnahme für alle vaterländischen Angelegenheiten. Besonnener Fortschritt auf staatlichem Gebiete war seine Parole. Wir leben, schreibt er im Januar 1818 an seinen Freund und Mitkämpfer Ernst Moritz Arndt[3]), in einer Zeit des Uebergangs, wir müssen also das Alte nicht zerstören, sondern es zeitgemäß abändern und uns sowohl den demokratischen Phantasten als den gemietheten Vertheidigern der fürstlichen Willkür widersetzen.“ Von Jahr zu Jahr sah der Greis mit größerer Freude auf das Emporblühen Preußens, unter dessen großem Könige einst seine Laufbahn begonnen, dem er seine besten Mannesjahre gewidmet hatte. In ihm sah er den Staat der deutschen Zukunft, während er sich von Oesterreich und dessen Lenkern mehr und mehr abwandte. Ein bestimmtes poli-

[1]) Vgl. darüber s. Brief an den Herzog von Dessau bei Pertz V, 25 und die Selbstbiographie V, Beil. 28, 196.

[2]) Selbstbiographie a. a. O.

[3]) E. M. Arndt, Nothgedrungener Bericht II, 152.

tiſches Programm aber hat er nicht hinterlaßen. So glaubt jede Partei, möge ſie groß- oder kleindeutſch genannt werden, ſich berechtigt, ihn den Ihren zu nennen. Keinen ſchlagenderen Beweis gibt es für die Größe des Mannes. Er war in Wahrheit des alten Reiches „letzter Ritter.“ Und der feſte Glaube an ſeines Volkes Zukunft, mit dem er dahingieng, er hat ihn nicht betrogen. Denn als am 9. Juli 1872 an den Ufern der Lahn die dankbare Nachwelt ſein Marmorbild enthüllte, da ſtand an der Spitze der glänzenden Feſtverſammlung der erſte Kaiſer des neuerſtandenen Reiches, der erſchienen war, um dem unermüdlichen Kämpfer für die politiſche Größe und Freiheit unſerer Nation ſeine Huldigung darzubringen, wie er ſie wenige Jahre zuvor zu Worms den Manen unſeres großen, Stein ſo geiſtesverwandten, Reformators dargebracht hatte.

Excurs.

Ueber die Anschauungen Steins in Bezug auf Preußen und Oesterreich während der letzten Zeit seines Lebens.

I. Ferdinand Lentner, Docent an der Wiener Universität, hat kürzlich in der „Oesterreichischen Wochenschrift für Wissenschaft und Kunst" einen Aufsatz veröffentlicht, der den Titel „Karl Freiherr vom Stein in Oesterreich" führt und im Anfange dieses Jahres auch bei Braumüller im Separatabdrucke erschienen ist. An Neuem bringt diese Geschichtsstudie einen bisher noch nicht gedruckten Brief Steins an den Minister Grafen Stadion, datirt von Trautenau 13. Januar 1809, der die Verhältnisse darlegt, unter welchen er seine zweite Entlaßung erhielt, und den Bericht Stadions an Kaiser Franz, worin der österreichische Minister sich für Stein verbürgt und den Kaiser ersucht, dem Verbannten seinen Aufenthalt zu Brünn anzuweisen. Beide Schriftstücke sind recht interessant und kann man dem Verfaßer für ihre Publikation nur dankbar sein. Etwas Anderes aber ist es mit der allgemeinen Tendenz seiner Arbeit. Seine „Geschichtsstudie" ist wesentlich eine Polemik gegen die Festrede Heinrichs von Sybel bei der Enthüllung des Stein-Denkmals[1]) und vertritt Sybel gegenüber entschieden den großdeutschen Standpunkt in der Auffaßung von Steins deutscher Politik. Ohne daß wir die in der Lentnerschen Studie ausgesprochenen Ansichten einer ausführlichen Kritik unterziehen, mögen hier nur einige vom Verfaßer aufgestellte Behauptungen Besprechung finden. Aus ihr wird

[1]) H. v. Sybel: „Am Denkmal Steins." Festrede, gehalten zu Nassau 9. Juli 1872. Bonn 1872.

denken wir, zur Genüge hervorgehen, daß Lentners „Berichtigungsverfahren," wie er es nennt, in ganz wesentlichen Punkten selbst gar sehr der Berichtigung bedarf.

In erster Linie erscheint bei Lentner wieder die Behauptung, Steins zweite Entlaßung sei weniger auf Andringen Napoleons als durch die Ränke seiner politischen Gegner erfolgt. Wir wißen recht wohl, daß diese früher sehr verbreitete Meinung auch heute noch in manchen Kreisen Anhänger zählt. Hat doch noch jüngst bei Gelegenheit der Kreisordnungsdebatte im Berliner Abgeordnetenhause sogar Virchow sich zu ihr bekannt! Der Historiker aber, der sich mit der Geschichte Steins und seiner Zeit beschäftigt, muß wißen, daß diese Ansicht vor zwei Jahren durch Max Duncker in der „Zeitschrift für preußische Geschichte und Landeskunde" VIII, 654 ff. als eine irrige nachgewiesen worden ist. Vgl. auch S. 214 f. desselben Bandes dieser Zeitschrift. Friedrich Wilhelm III. wich nur dem Machtgebot Napoleons, als er mit schwerem Herzen seinen fähigsten Minister entließ. Der indirect gegen den König in dieser Angelegenheit gerichtete Vorwurf ermangelt somit der Begründung. Daß Stein selbst in dem Briefe an Stadion die Feinde seiner Reformen als die Miturheber seines Sturzes bezeichnet, wird man der Aufregung, in der er jenen Brief schrieb, zu Gute halten müßen. Wir sind auch weit entfernt zu leugnen, daß gegen ihn am Hofe intriguirt worden sei, glauben aber nach den Ausführungen M. Dunckers, daß der Entschluß des Königs zu seiner Entlaßung von diesen Intriguen ganz unbeeinflußt war und lediglich aus Furcht vor den Franzosen erfolgte.

Wenn dann Lentner die Worte Sybels[1]): „Er (Stein) erkannte mit vorausschauender Einsicht schon inmitten des 18. Jahrhunderts den wirklichen deutschen Zukunftsstaat" (d. h. Preußen), eine „kaum zu rechtfertigende Behauptung" nennt, so mag er insofern Recht behalten, als Sybel gewis statt „inmitten des 18. Jahrhunderts" beßer gesagt hätte „in den Anfängen des 19. Jahr-

[1]) S. 4.

hunderts.“ Denn die Anschauungen Steins über die Bedeutung Preußens und Oesterreichs für Deutschland klären sich allerdings erst in der Zeit nach dem Wiener Congresse, als er die österreichische Politik in ihrem wahren Lichte kennen gelernt hatte. Wir wundern uns freilich nicht wenig, daß er nach den Proben, die er von ihr 1813 zu Frankfurt a. M. und während des ersten französischen Feldzugs empfangen hatte, deren Lentner übrigens mit keiner Silbe gedenkt, während er die russische Friedenspartei, an ihrer Spitze die Kaiserin-Mutter und den Großfürsten Constantin, ausdrücklich erwähnt, noch immer zu Metternich und Oesterreich Vertrauen hegen konnte. Dafür hat er nachher desto gründlicher mit diesem Staatsmanne und seinem System gebrochen. In der Correspondenz seiner späteren Lebensjahre können wir wenigstens nicht, wie der Verfaßer (S. 21), entdecken, daß er sich zu Oesterreich „besonders hingezogen gefühlt“ und für dessen Herrscherhaus eine „unbegrenzte Verehrung“ gehegt hätte. Dem Verfaßer scheint, außer mehreren anderen auf österreichische Verhältnisse bezüglichen Stellen aus Steins Briefwechsel, namentlich das Postscriptum eines Briefes an Eichhorn vom 3. Januar 1818 unbekannt geblieben zu sein, das Pertz V, 857 mittheilt. Der Oesterreich betreffende Passus desselben lautet:

„Der Kayser von Oesterreich weiß, daß sein Volk mißvergnügt ist über seine Finanzoperation und sein schlechtes Regierungssystem; er fürchtet ständische Verfassung, er sucht sie bey anderen zu verhindern, weil er besorgt, sie bey sich einführen zu müssen. Es wird aber wohl kein Preußischer Staatsmann die Oesterreichische Regierungsmaximen zu seiner Richtschnur wählen, oder auf den Preußischen Staat anwendbar finden; er wird sie nicht in diesem Land suchen, das alles freye Streben des menschlichen Geistes durch Piaristen-Erziehung, geheime Polizei, schwerfällige Dienstform, zu unter-

drücken bemüht ist — und dessen Handlungsweise Ew. Hochwohlgeboren im Jahr 1813 und 1814 genau kennen zu lernen Gelegenheit gehabt haben."

Ebenso wenig hat Lentner berücksichtigt, daß die Auslaßungen Steins über Metternich, „seine Individualität und seinen politischen Gang" d. h. über die Jahrzehnte hindurch von diesem Manne repräsentirte österreichische Staatskunst von Gagern in den von ihm veröffentlichten Briefen Steins (Antheil IV) „in mildernder Form" eingeführt sind. Gagern war nämlich, ganz im Gegensatz zu Stein, in seinen späteren Jahren zur Erkenntnis gekommen, daß er Metternich früher ungerecht beurtheilt habe und hatte in dem österreichischen Staatskanzler ein „deutsches Gemüth" erkannt, dem er „Genugthuung zu leisten" habe!! Antheil IV, 170. Difficile est satiram non scribere. Die stärksten Ausfälle des Freiherrn gegen das österreichische System sind also offenbar der Geschichte vorenthalten geblieben! Metternich spricht sich übrigens selbst in einem auch bei Pertz V, Beilage 49, abgedruckten Briefe an Gagern vom 15. März 1833 über diese von dem Verfaßer des „Antheils" vorgenommenen Milderungen aus. Wir freuen uns sehr bei dieser Gelegenheit aus seinem eigenen Munde zu hören, „daß Stein ihn nicht begriffen und dort gesucht habe, wo er nicht stand."

An diesen Proben denken wir gezeigt zu haben, daß die Lentnersche Studie doch nicht so ganz dem Grundsatze der „nüchternen Beurtheilung," die sie in ihrer Einleitung zum obersten Princip des Historikers zu erheben scheint, treu geblieben sein dürfte. Somit erscheint es denn sehr fraglich, ob ihr Motto: „Maluerim veris offendere quam adulando placere" mehr auf Heinrich von Sybel als auf den Kaiserlich Königlichen Universitätsdocenten Dr. Ferdinand Lentner anwendbar ist.

II. Constantin Rößler gibt auf S. 79 seiner Abhandlung: „Eine Denkschrift von Wilhelm von Humboldt über die Behandlung der Angelegenheiten des deutschen Bundes durch Preußen," in der „Zeitschrift für preußische Geschichte und Landes-

kunde" IX, 65 ff., nach dem Vorwurfe, daß Stein Preußen sammt dem übrigen Deutschland ohne Oesterreich eine geringe Fähigkeit der Selbsterhaltung zugetraut habe, (S. oben S. 48 Anm. 1.) noch folgendes Urtheil über den Freiherrn ab: „Er wußte den siebenjährigen Krieg und das Jahr 1813 als Maaßzeichen der inneren Volkskraft nicht genügend zu schätzen." Hören wir dagegen Stein selbst. In einem Briefe an Gagern vom 1. Mai 1826, worin er sich über den zweiten Theil von dessen „Antheil an der Politik" ausspricht, (Antheil IV, 166 ff.), sagt er über sein Verhalten in der Zeit des Wiener Congresses: „Vorläufig bemerke ich nur, daß mein Wunsch, Preußen gestärkt und vergrößert zu sehen, nicht aus einer blinden Anhänglichkeit an diesen Staat floß, dessen Fehler mir sehr wohl bekannt waren, sondern aus Ueberzeugung, daß die Zerstückelung Deutschland schwächt, um Nationalehre und Nationalgefühl bringt, es unfähig macht zu einer staatswirthschaftlichen Verwaltung und den Einzelnen, indem es ihm einen der Hauptträger der Sittlichkeit, die Vaterlandsliebe, entzieht, herabwürdigt. Hierzu kam der dem reichsunmittelbaren Adel angeborne und aus seinem Kampf mit Territorial-Hoheit fließende Haß gegen die Fürsten, die man als Unterdrücker und Usurpatoren ansah; so war es wohl erklärlich, daß ich die Erhebung einer Macht wünschte, die einmal bestand, und mit dem Glanz eines großen politischen Ruhmes umgeben war." Gibt uns Stein so selbst eine Erklärung für seine Anschauungen in früherer Zeit, so können wir noch weniger zweifelhaft sein über seine Ansichten in der späteren Zeit seines Lebens. Denn am 6. Mai 1822 schreibt er an Gagern, der aus seiner Antipathie gegen Preußen und alle von dorther kommenden Neuerungen nie ein Hehl machte: „Die Bitterkeit gegen Preußen scheint mir höchst tadelhaft; die Nichtpreußen sollten doch dankbar sein für den Abglanz, der von dem Ruhm des siebenjährigen Krieges und Befreiungskriegs, so Preußen erworben, auf sie zurückfällt — der die Schlacht von Roßbach und die

Kriecherei vor Napoleon vergessen macht." Antheil IV, 116. Und am 9. Juni desselben Jahres schreibt er an den Freund: „Ew. Excellenz finden uns getrennt durch Glauben[1]) und Preußenthum, das hieße geschieden für Zeit und Ewigkeit." Nachdem er dann seinen positiven Glauben gegenüber dem Freidenkerthum Gagerns betont hat, fährt er fort: „Was nun das Preußenthum betrifft, so finde ich hier 10 Millionen Menschen, die eine politische, militairische, intellektuelle Geschichte und Selbstständigkeit haben, denen die Vorsehung im 17. und 18. Jahrhundert drei große Regenten gab, durch die eine große Gegenwart und der Grund zu einer vielleicht größeren Zukunft gelegt wurde. — Hierdurch bildete und erhielt sich in dem Volk selbst, während der Napoleonischen Herrschaft, eine Kraft, ein innerer Unwille, während die kleineren und mittleren Mächte in Deutschland, und insbesondere ihr Militair, sich in dieser Nichtswürdigkeit gefielen und für ihre Aufrechthaltung beharrlich fochten.

Auch jetzt finde ich in der preußischen Verwaltung, trotz großer Mißgriffe, ein Fortschreiten in geistiger und militairischer Hinsicht. Die Errichtung zweier großer Universitäten, Berlin und Bonn, so vieler Gymnasien, der Bau so vieler Festungen, welche Deutschland schützen, die Anschaffung großer Geschütz-, Gewehr- und Munitionsvorräthe, die Entwickelung einer sehr vollkommen organisirten Streitkraft beweisen dieses in großen Zügen und durch große Resultate." Weiterhin äußert er sich noch in diesem Briefe in bemerkenswerther Weise über die allgemeine Wehrpflicht: „Der gute Mann (ein Vetter Gagerns im ehemaligen Schwedisch-Pommern) klagt über die Universalität der Militairpflicht, ich halte sie für vortrefflich. Es ist vortrefflich, daß eine Anstalt vorhanden, die in allen den kriegerischen Geist erhält, die kriegerische Fertigkeit entwickelt, alle an Entbehrung, Anstrengung und Gleichheit des Gehorsams gewöhnt. Anth. IV, 117 ff. Wie

[1]) Beide Staatsmänner waren Protestanten, Stein ein gläubiger Christ, Gagern huldigte der Aufklärung.

nach solchen Aeußerungen Stein heute noch eine Unterschätzung der Bedeutung Preußens vorgeworfen werden kann, ist uns nicht recht verständlich.

III. Schließlich müßen wir noch unser Bedenken zu erkennen geben gegen eine Ausführung O. Mejer's in seinem Vortrage: „Der Freiherr v. Stein über deutsche Einheit und deutsches Kaiserthum." Rostock 1871. Der Verfaßer nennt darin S. 85 f. die Worte des greisen Stein an Gagern (Brief vom 25. Nov. 1829, Antheil IV, 276) des Freiherrn „politisches Testament im Punkte der deutschen Einheit." Diese Worte lauten: „Ich wünsche nicht für Preußen, sondern für Deutschland eine dichtere, festere, innere Crystallisation, und werde diese Meinung mit in das Grab nehmen, möge andern die Zersplitterung der Nationalkraft gefallen, mir nicht." Wenn dann Mejer hinzufügt, diese Worte zeigten „daß er eine festere Crystallisation um den Kernpunkt Preußen im Sinne hatte, eine deutsche Einheit unter Führung der Macht, an deren Gedeihen er deutsche Veredelung und Cultur unzertrennlich gekettet hielt", so scheint uns hiermit Stein eine Ansicht von der deutschen Zukunft zugeschrieben zu sein, die er, soweit wir sehen können, schwerlich schon hatte. An ein Deutschland ohne Oesterreich mit preußischer Führung hat Stein, wie wohl schon aus seinem über die Zersplitterung der Nationalität geäußerten Misfallen hervorgeht, noch nicht gedacht, wenn er auch Preußens kommende Größe voraussah. Die unparteiische Forschung kann ihn daher keiner unserer heutigen Parteien zuweisen.

Waisenhausbuchdruckerei zu Hanau. — Separatabdruck aus dem Programm des Gymnasiums zu Hanau 1873.

BRIGHAM YOUNG UNIVERSITY
3 1197 22397 6504

Von demselben Verfasser erschien früher und ist durch jede gleichen Verlag zu beziehen:

„Die erste Entlassung des Freiherrn vom Stein und seine Wiederberufung ins preußische Ministerium nach dem Tilsiter Frieden." Festrede. Hanau 1872. — 6 Sgr.